

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 10,40.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 5 M.,
für Versammlungsanzeigen 2 M. pro Zeile.

Zum elften Gewerkschaftskongress.

Der Kongress wird am 19. Juni im Saalbau des Zoologischen Gartens in Leipzig eröffnet. Sein Arbeitsprogramm haben wir bereits in der vorigen Nummer des „Zimmerer“ angezeigt. Seine Verhandlungen werden nicht nur in der deutschen, sondern in der gesamten Arbeiterwelt größte Beachtung finden; vornehmlich werden die Augen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in diesen Tagen nach Leipzig gerichtet sein. Deutschlands Gewerkschaftsbewegung ist die umfassendste und stärkste; sie ist anders und fester gefügt als die aller übrigen Länder, und auch ihr Einfluß ist größer. Sie zeigt daneben eine weit größere Einheitlichkeit und Geschlossenheit als die Gewerkschaftsbewegung anderer Länder; die parteipolitische Zerrissenheit hat in Deutschland nur einzelnen Verbänden einigen Abbruch getan, im großen ganzen hat die Gewerkschaftsbewegung ihre Geschlossenheit zu wahren gemußt, und es ist nur dringend zu wünschen, daß ihr das auch für alle Zukunft gelingen möge.

Wenn die Tagesordnung des Kongresses diesmal besonders wichtige Punkte enthält, so erklärt sich das zum Teil aus den Zeit- und Wirtschaftsverhältnissen, in die wir infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen hineingeraten sind. Die zahlreichen Anträge zu den verschiedenen Tagesordnungspunkten entspringen der allgemein vorhandenen Unzufriedenheit über die auf fast allen Gebieten herrschende Miswirtschaft. Diese Unzufriedenheit überträgt sich zwar unberechtigtweise auch auf die Gewerkschaften, um so mehr als die infolge der Spaltung geschwächte politische Arbeiterbewegung an Einfluß verloren hat und weite Kreise jetzt Hilfe allein von den Gewerkschaften erhoffen, denen man außer den vielen, ihnen ohne weiteres zufallenden Aufgaben auch solche überträgt, die ihnen früher von der politischen Arbeiterbewegung oft genug freitrag gemacht worden sind. Heute ist die Gewerkschaftsbewegung in der Tat zum Brennpunkt der Arbeiterklassenbewegung geworden, daher ist auch das Interesse an ihr weit größer als je vorher.

Die allgemeine Unzufriedenheit wird sich auf dem Kongress schon bei der Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes entladen, wie sich aus den vielen Anträgen und Forderungen zu diesem Punkte schließen läßt. Der Kongress wird sie alle sorgsam zu prüfen haben. Das wird ihm weniger schwer fallen, als es sich durchweg nicht um neue Forderungen handelt, sondern meist um solche, die bekannt und während der letzten Zeit wiederholt erhoben worden sind. Wenn ihre Durchführung nicht mit der von vielen Seiten gewünschten Energie hat in Angriff genommen oder verwirklicht werden können, so lassen sich dafür sicherlich gute Gründe anführen. Der Bundesvorstand wird unsern Grachten nach sehr wohl in der Lage sein, nachzuweisen, daß die Ursache der ungenügenden Verfolgung der von dem Bund aufgestellten Forderungen nicht im Mangel an gutem Willen bei ihm selbst liegt, sondern daß dabei doch eine Anzahl von Faktoren in Betracht kommt, die gemeinhin nicht in Rechnung gestellt werden; ganz abgesehen davon, daß in jedem Falle eingehend zu untersuchen wäre, wie weit die gewerkschaftliche Macht reicht und wo sie ihre Grenzen findet. Es ist auch unbillig, für Situationen, deren Entstehung und Verschärfung nicht zuletzt dem geschwächten Einfluß der politischen Arbeiterbewegung zuzuschreiben ist, allein die Gewerkschaften verantwortlich zu machen. Die Lehre aus den Erfahrungen der letzten Jahre ist ganz fraglos die, daß mit dem Steigen der gewerkschaftlichen Macht einhergehen muß eine Steigerung des politischen Einflusses der Arbeiterklasse. Voraussetzung dafür ist jedoch in erster Linie eine Stärkung und möglichste Vereinhaltung der politischen Arbeiterbewegung. Ueber dem

Streben nach größerer Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte sollte nicht vergessen werden die zwingende Notwendigkeit einer Einigung der Arbeiterklasse auf politischem Gebiete. Davon würde nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung unendlichen Vorteil haben. Die Stoßkraft beider Bewegungen würde dadurch wesentlich erstarren, und zugleich wäre die Möglichkeit der Durchführung von Forderungen, wie die vom Bund aufgestellten näher gerückt.

Ueber den Punkt „Betriebsräte und Gewerkschaften“ dürfte es im Grunde genommen auf dem Kongress starke Meinungsverschiedenheiten kaum geben. Soweit das Streben darauf gerichtet ist, den Artikel 185 der Reichsverfassung nun baldmöglichst in vollem Ausmaß zur Ausführung zu bringen, den Arbeitern endlich die volle Gleichberechtigung in der Wirtschaft einzuräumen, wird es der Kongress auf das nachdrücklichste unterstützen müssen. Auch die Anregungen auf bessere Schulung und Bildung der Betriebsräte werden auf dem Kongress lebhaften Widerhall finden. Daß das Betriebsrätegesetz bei weitem nicht den Ansprüchen genügt, die die Arbeiterschaft an ein solches Gesetz stellt, und daß daher seine weitere Ausgestaltung unverzüglich in Angriff genommen werden muß, auch darin wird sich der Kongress völlig einig sein. Daran wird festgehalten werden müssen, daß die Betriebsräte ihre Aufgaben nur im engen Einvernehmen mit den zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen zu lösen haben.

Zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen wird es wahrscheinlich bei der Behandlung des Punktes „Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung“ kommen. Daß das Referat hierüber Fritz Tarnow, dem Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes, übertragen worden ist, scheint uns ein Zeichen dafür, daß das energische Drängen der „Gewerkschaftsimperialisten“ im Bundesvorstand so wenig als im Bundesauschuß im vollen Umfange gebilligt oder unterstützt wird. Bezeichnend ist, daß die Anträge auf Zusammenschluß zu Industrieverbänden überwiegend von diesen selbst ausgehen, nicht von den Berufsverbänden.

Danach scheint bei den Berufsverbänden ein Bedürfnis dafür bisher nicht fühlbar geworden zu sein. Wer die Erfahrungen im Gewerkschaftsleben der letzten Jahre vorurteilslos würdigt, wird diesen Standpunkt der Berufsverbände verstehen, ohne dabei zu leugnen, daß die Entwicklung der Gewerkschaften sich in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen leistungsfähigen Industrieverbänden vollzieht. Fraglich ist nur, ob man das Tempo der Entwicklung diese selbst bestimmen läßt, oder es, gleichviel wie, beschleunigen soll. Wir halten dafür, daß eine Beschleunigung solcher Art, wie sie in zahlreichen Anträgen an den Kongress zum Ausdruck kommt, für die Gewerkschaften von Schaden sein würde. Wir stehen aber auch nicht an, offen auszusprechen, daß die bestehenden Industrieverbände den Nachweis größerer Leistungsfähigkeit, stärkerer Schlagkraft, besserer Erfolgs als die Berufsverbände bis heute nicht erbracht haben. Darin soll nicht ein Vorwurf liegen, es erklärt sich das vielmehr aus der Zusammensetzung der Industrieverbände, die als Organisationen zahlreicher Berufsstände nicht eine gewerkschaftliche Kampfeinheit bilden wie ein Berufsverband, auf der andern Seite hingegen aber eine einheitliche Angriffsfläche für Arbeitgeberverbände bieten. Das erschwert die Position des Industrieverbandes in außerordentlichem Maße, nötigt ihn zu weit größerer Vorsicht und Zurückhaltung als den Berufsverband, läßt ihn oft kämpfen mit dem Unternehmertum, die der Berufsverband ohne große Ueberlegung aufnehmen und durchführen kann, ausweichen, um nicht wegen eines Konfliktes innerhalb eines Berufes oder einer Branche den Gesamtverband in Gefahr zu bringen. Die Geschichte des Deutschen

Metallarbeiterverbandes — der bis heute vollkommensten Industrieorganisation — liefert dafür Beispiele in genügender Zahl. Die geringere Aktionsfähigkeit wird bei einzelnen Industrieorganisationen auch noch dadurch verschuldet, daß sie nicht von vornherein auf die Schaffung ausreichender Widerstandsfonds Wert gelegt, ihre Mitglieder zu lange an niedrige Beiträge gewöhnt und dadurch, vereinzelt wenigstens, auch noch Mitgliederfang betrieben haben, um mit möglichst großen Beständen auftreten zu können. Wenn deshalb gerade innerhalb der Industrierverbände die Unzufriedenheit über ihre vermeintlich unzulängliche gewerkschaftliche Tätigkeit besonders groß ist, so ist das zu verstehen. Nur sollten die Ursachen rücksichtslos bloßgelegt und tunlichst abgestellt werden, anstatt neuen, noch viel schwerer lösbaren Problemen nachzueifern, durch die neue, ungleich größere, zurzeit gar nicht übersichtbare Schwierigkeiten heraufbeschworen werden. Wir können, nachdem erst vor 4 Wochen die Organisationsform der Gewerkschaften auf unserm 22. Verbandstag in Wernigerode Gegenstand sehr eingehender Beratung gewesen ist und der Verbandstag seinen Standpunkt klar und eindeutig festgelegt hat, es unterlassen, hier die ganze Frage von neuem aufzurollen. Der Kongress wird nicht umhin können, bei seiner Entscheidung über diese Frage die historische Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationsform zu berücksichtigen, er wird deshalb auch den vom Fabrikarbeiterverband ausgehenden Bestrebungen auf Schaffung einheitlicher Betriebsorganisationen eine Absage erteilen müssen, wie er auch den Forderungen auf Zusammenschluß zu Industrieverbänden durch die Verhältnisse selbst gezogene Grenzen zu stecken haben wird. Vor allen Dingen aber wird er im Interesse der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung jeden zwangsläufigen Eingriff in die Gestaltung der Organisationsform vermeiden müssen. Daß unser Zentralverband einer größeren Einheitlichkeit der Gewerkschaften sich keineswegs widersetzt, sondern sie befürwortet, dafür legt die von unserm 22. Verbandstag zum „Baugewerksbund“ gefasste Entschließung Zeugnis ab, die in ihrem Abschnitt III wie folgt lautet:

„Der 22. Verbandstag der Zimmerer Deutschlands bekennt sich zur Einheitsorganisation aller deutschen Gewerkschaften; er ist bereit, den Ausbau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in dieser Richtung fördern zu helfen. Soweit sich aus der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung und in Uebereinstimmung der Interessen ein Zusammengehen einzelner Berufsgruppen zu Industrieverbänden zwanglos ergibt, ist dieser Weg zu beschreiten. Wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird ein Zusammenschluß von an sich starken und leistungsfähigen Berufsverbänden zu einem Industrieverband nicht zu größerer Entfaltung, sondern zur Lähmung gewerkschaftlicher Kräfte führen. Aufgabe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird es sein müssen, im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung jeden Zwang auf einzelne Gewerkschaften abzuwehren.“

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund muß sein ein Bund freier, gleichberechtigter Glieder. Sein Ausbau zur wahren Einheitsorganisation kann nicht durch Zwangsbeschlüsse herbeigeführt werden, sondern sich nur im Wege organischer Entwicklung vollziehen. Die deutschen Gewerkschaften werden unter möglichster Wahrung ihrer Eigenart und in Rücksicht auf geschichtlich gewordene und geistige Zusammenhänge aus freier Entschluß zu einer allmählichen Angleichung ihrer formalen, organisatorischen und materiellen Einrichtungen, insbesondere auch ihrer Beträgs- und Unterstützungseinrichtungen kommen.

Für die Erfüllung gemeinsamer Aufgaben, sowohl rein gewerkschaftlicher wie allgemein wirtschaftlicher Art, werden die beteiligten Verbände Arbeitsgemeinschaften bilden, die je nach der gestellten Aufgabe in ihrer Zusammensetzung wechseln.

Die neue Zeit hat den Gewerkschaften die Mitwirkung an Aufgaben ermöglicht, die über den Rahmen der bisherigen Gewerkschaftsarbeiten hinausgehen, deren Erfüllung aber im gemeinsamen Interesse aller Gewerkschaften liegt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als Vertretung der Gesamtheit der Gewerkschaften ist besonders dazu berufen, diesen erweiterten Aufgabekreis auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Sozialpolitik und der Gesetz-

gebung zu übernehmen. So wird der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund verförperte Einheitsbund der deutschen Gewerkschaften in Verbindung mit den Spitzenverbänden der Angestellten und Beamten die große Klassenorganisation werden, die der entscheidende Faktor sein wird im Kampfe zur Verwirklichung proletarischer Klassenziele.

Die vom Bundesauschuß beantragten „Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben“ dürften im allgemeinen die grundsätzliche Zustimmung des Kongresses finden.

Bei dem Punkt „Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte“ werden die Gegner der Arbeitsgemeinschaften auf den Plan treten. Ob es sich empfiehlt, dem Kongress die Entscheidung über die Mitwirkung der einzelnen Gewerkschaften an den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften zu übertragen, oder ob man diese Entscheidung nicht zweckmäßigerweise den beteiligten Gewerkschaften selbst überlassen sollte, wäre zu überlegen. Für unsern Zentralverband ist diese Frage durch den von unserm letzten Verbandstage beschlossenen Austritt aus der Reichsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe geklärt. Inwieweit andere Verbände der Arbeitsgemeinschaft entzogen werden können, mögen sie selbst beurteilen. Der Kongress sollte auch hier Eingriffe in die Selbständigkeit der einzelnen Gewerkschaften vermeiden. Ihm steht allerdings das Recht zu, den Vorstand des ADGB aus der Zentralarbeitsgemeinschaft zurückzuberufen. Zur Klärung dieser Frage dürfte übrigens das Referat Wissells, das zugleich über den Stand der Wirtschaftsräte unterrichtet, beitragen, denn von letzterem wird auch die Stellungnahme zu den Arbeitsgemeinschaften stark beeinflusst sein.

„Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland“ wird Professor Einzheimer, Frankfurt a. M., behandeln. Der Kongress wird Gelegenheit nehmen müssen, auch hierzu seinen Standpunkt zu präzisieren. Die bisher bekanntgewordenen, ein neues Arbeitsrecht anbahnenden Gesetzesentwürfe zeigen nur zu deutlich, daß noch längst nicht mit jener alten Rechtsauffassung aus der vornovemberlichen Zeit gebrochen ist, und daß es des energischen Kampfes der gesamten Arbeiterschaft bedarf, wenn ein wirklich freies, von keinen Hemmungen behindertes Arbeitsrecht geschaffen werden soll. Auf diesen Kampf haben sich vornehmlich die Gewerkschaften einzustellen.

Soweit die wesentlichsten Punkte der Tagesordnung des Kongresses. Mögen seine Verhandlungen einen guten Verlauf nehmen und seine Beschlüsse so ausfallen, daß die Einheitslichkeit der deutschen Gewerkschaften noch mehr gefestigt wird und die deutsche Gewerkschaftsbewegung auch in Zukunft an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt marschiert.

Der Stand der Reparationsfrage.

Das positive Ergebnis der Reparationsverhandlungen der letzten Wochen vor, in und nach Genua, insbesondere die Pariser Vereinbarungen zwischen dem deutschen Finanzminister und der Reparationskommission, darf wohl darin erblickt werden, daß nunmehr der bereits in Cannes vorläufig zugestandene Abbau der deutschen Reparationslast für das Jahr 1922 definitiv geworden ist, ohne daß jene in der Note vom 21. März bis zum 31. Mai verlangten neuen 60 Milliarden Steuern beschlossen zu werden brauchen, was zweifellos zu schweren innerpolitischen Komplikationen geführt hätte. Wir haben also nunmehr für das laufende Jahr an Stelle der im Londoner Ultimatum geforderten 3 1/2 bis 3 3/4 Milliarden Goldmark nur 2,2 Milliarden zu zahlen, und zwar 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 in Sachleistungen, wobei es natürlich von der Entente abhängt, inwieweit sie die letzteren voll in Anspruch nehmen wird. Gleichzeitig bedeuten die Pariser Vereinbarungen einen ersten Versuch, die Forderung der Bilanzierung des deutschen Etats und der Stabilisierung der deutschen Reichsschuld mit dem Gedanken einer äußeren Reparationsanleihe zu verbinden. Ueber diese Anleihe, deren Ertrag offenbar in erster Linie zur Zahlung der deutschen Goldbarzahlungen verwendet werden soll — nach einer Meldung, welche dieser Tage durch die Presse ging, soll Morgan vier Fünftel des Anleihebetrages Poincaré als Reparationszahlung zur Verfügung gestellt haben —, kann abschließendes bis jetzt noch nicht gesagt werden, da noch nicht feststeht, ob sie überhaupt zustande kommt, vor allem aber in welcher Höhe und unter welchen Bedingungen. (Zwischen ist bekanntgeworden, daß die Anleihe auf „unbestimmte Zeit“ vertagt worden ist. Die Redaktion.) Ganz gleich, wie man sich prinzipiell zu der Anleihefrage stellt, der Betrag, der bisher genannt worden ist, würde kaum zur Deckung der diesjährigen oder höchstens noch der nächstjährigen Barzahlungen ausreichen. Nach wie vor würde die Finanzierung der Sachleistungen der inneren deutschen Finanzpolitik ganz große und neue Aufgaben stellen, die mit den Mitteln der bisherigen Steuerpolitik nicht gelöst werden können. Der revidierte Reichshaushaltsplan, den die deutsche Regierung ihrer Antwort nach Paris mitgegeben hat, sieht nach den neuesten Berechnungen 212 Papiermilliarden als Ausgaben für den Friedensvertrag vor. (Eine Goldmark = 70 Papiermark.) Auch wenn der im obendritten Etat errechnete Einnahmehüberschuß von 70 Milliarden für den Reparationsetat verwendet wird und eventuell die 720 Millionen Goldmark-Barzahlungen = 50,4 Papiermilliarden durch eine äußere Anleihe gedeckt werden, bleiben im Inneren immer noch etwa

100 Milliarden aufzubringen. Daß das Großkapital und die Hochfinanz sich aber mit allen Mitteln gegen jede Heranziehung zur Deckung dieser Lasten sträuben, zeigt der Kampf, der bereits jetzt gegen die Durchführung der Zwangsanleihe, deren Betrag in der obigen Etatsrechnung bereits mit 70 Milliarden eingestellt ist, eingeleitet hat. Die erneute Vertagung der Anleihekommission hat das Grundfächliche der Reparationsfrage wieder aufgerollt; es wird jetzt, da Frankreich wohl kaum von seinen Reparationsforderungen abzugeben sein wird, wohl alles davon abhängen, wie sich England und Amerika zum Problem der interalliierten Verschuldung stellen. Es muß aber immerhin als ein Fortschritt in der Entwicklung der ganzen Frage betrachtet werden, daß das Reparationsproblem nunmehr stärker aus einem politischen zu einem rein ökonomischen, kaufmännischen Rechenzempel geworden ist.

Unsere statistischen Feststellungen vom 27. Mai 1922.

918 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 98 788 nachgewiesen, darunter 9389 Lehrlinge. Arbeitslos waren 212 oder 0,21 % und krank 1004 oder 1,02 %. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt nachstehende Tabelle:

Provinzen und Freistaaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 4) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Schulungs	Arbeitslos	Krank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	42	2982	410	45	81
Westpreußen	14	1534	166	7	12
Brandenburg	106	10865	902	19	125
Pommern	53	2976	802	17	29
Posen	4	268	57	—	—
Schlesien	81	9887	1605	9	78
Sachsen	82	7732	668	2	76
Schleswig-Holstein	48	2752	135	7	84
Hannover	78	4997	244	4	49
Westfalen	29	2759	143	—	81
Hessen-Nassau	18	8217	134	8	83
Rheinland	22	4603	230	1	53
Hohenzollern	1	89	2	—	—
Preußen	568	54861	4998	119	546
Bayern (Rheinpfalz)	71	6785	564	10	82
Sachsen (Warttemberg)	63	15764	1990	6	187
Baden	15	2231	113	2	81
Hessen	18	1287	90	—	28
Mecklenburg-Schwerin	52	2121	280	8	26
Sachsen-Weimar	18	1470	177	2	16
Mecklenburg-Strelitz	9	825	50	—	5
Oldenburg	8	513	15	2	3
Braunschweig	16	1084	111	—	15
Sachsen-Meiningen	18	944	120	2	6
Altenburg	8	779	87	1	6
Coburg-Gotha	8	798	66	41	16
Anhalt	11	829	180	—	6
Schwarzburg-Sondershausen	4	801	34	—	5
Dudolstadt	5	279	41	10	8
Waldeck	1	44	13	12	—
Neuß a. d. (Weiz)	2	229	19	—	5
J. A. (Wera)	5	618	108	—	3
Schaumburg-Lippe	8	184	24	—	3
Lippe-Deimold	2	60	3	—	2
Lübbeck	1	509	22	—	8
Bremen	1	958	88	—	12
Hamburg	4	8720	174	2	11
Deutsches Reich	918	98788	9389	212	1004

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 29. April hat sich die Arbeitslosenziffer von 0,51 % auf 0,21 %, die Krankenziffer von 1,22 % auf 1,02 % verringert.

Nicht oder zu spät berichtet haben folgende Zahlstellen (die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern [*] kenntlich gemacht):

- Brandenburg: Biesenthal, Bippelne, Ludau, Neuwedel, Regenthin, Vieh, Züllichau.
- Pommern: Friedrichswalde, Garz a. d. O., Grefenhagen, Stolp, Swinemünde.
- Schlesien: Falkenberg, Oppeln, Rosenberg.
- Provinz Sachsen: Derenburg, Egeln, Elsterwerda, Kelbra, Müdenberg, Neuwegerleben, Seehausen (Kreis Wangeln), Schönebeck.
- Schleswig-Holstein: Kappeln, Bed, Melbock, Trittau.
- Hannover: Aurich, Basbed-Osten, Bullenhausen, *Dannenberg, Drochtersen, Ebstorf, Giffhorn, Herzberg, Wittingen.
- Westfalen: Gronau, *Rehmet.
- Hessen-Nassau: Bad Orb, Idstein, Marburg, Schmalkalden.
- Rheinland: Neuwied, *Wehlar.
- Bayern: *Mchaffenburg, Bad Reichenhall, Bad Tölz, Burghausen, Gaussham, Memmingen, Selb, Weikheim.
- Rheinpfalz: Erdesbach.
- Württemberg: Crailsheim, Geislingen, Heidenheim, Nürtingen, Schwemlingen, Tübingen, Wülbach.
- Baden: Freiburg, Bahr.
- Hessen: Schlitz.
- Sachsen-Weimar: Baha.

Oldenburg: Jeber, *Oldenburg.
Schwarzburg-Rudolstadt: Bad Blankenburg.
Waldeck: Bad Wildungen.

Das Ergebnis für den 29. April 1922 stellt sich, nachdem noch 86 Zahlstellen verspätet berichtet haben, wie folgt: In 888 Zahlstellen mit zusammen 95 702 Mitgliedern, darunter 8921 Lehrlingen, waren 528 arbeitslos und 1169 krank. Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 24. Juni.

Das Existenzminimum im Mai.

Von Dr. Rucghnski.

Die Kosten des Existenzminimums sind im letzten Monat um annähernd ein Zehntel gestiegen. In Groß-Berlin kostete im Mai rationiertes Brot 81 mal soviel als vor 8 Jahren, Gas 84 mal soviel, Milch 88 mal soviel, Margarine 44 mal soviel, Briketts 52 mal soviel, Brot im freien Handel 53 mal soviel, Reis 57 mal soviel, Zucker 58 mal soviel, Kartoffeln 90 mal soviel.

Beziffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 88 M., für eine Frau auf 181 M., für einen Mann auf 177 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Mai 1914 für ein Kind 1,48 M., für eine Frau 2,96 M., für einen Mann 3,81 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor 8 Jahren billiger, weil zum Beispiel billiger Zucker damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

Preis für	Mai 1922	Mai 1914
2000 g Brot (rationiert)	1586	49
250 „ Roggenmehl	435	7
250 „ Graupen	500	10
8000 „ Kartoffeln	1620	18
125 „ Margarine	875	20
250 „ Marmelade	600	15
125 „ Zucker	850	6
1 Liter Milch	885	23
Zuf. für ein sechs- bis zehnj. Kind	6801	148
500 g Brot (freier Handel)	635	12
250 „ Haferfladen	505	19
250 „ Speisebohnen	460	11
500 „ Kartoffeln	270	3
250 „ Büchsenfleisch	1600	56
125 „ Speck	1480	20
250 „ Salzheringe	500	18
125 „ Margarine	875	20
Zusammen für eine Frau	18126	296
500 g Reis	1245	22
250 „ Erbsen	470	10
125 „ Speck	1480	20
250 „ Salzheringe	500	18
125 „ Margarine	875	20
Zusammen für einen Mann	17696	381

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Pentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 14 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 60,25 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 25,80 M. (0,75 M.). Für Bekleidung, das heißt für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 100 M. (2,50 M.), Frau 67 M. (1,65 M.), Kind 33 M. (0,85 M.). Für alle sonstigen Lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgebel, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 28 % (1913/14: 25 %) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ghepaar	Ghepaar mit 2 Kindern
Ernährung	177,—	808,—	444,—
Wohnung	14,—	14,—	14,—
Heizung, Beleuchtung	88,—	88,—	88,—
Bekleidung	100,—	167,—	233,—
Sonstiges	106,—	161,—	218,—
Mai 1922	483,—	786,—	995,—
April 1922	440,—	676,—	915,—
März 1922	376,—	579,—	789,—
Februar 1922	305,—	468,—	627,—
Januar 1922	266,—	408,—	548,—
Mai 1921	140,—	209,—	285,—
Mai 1920	177,—	267,—	365,—
Aug. 1918/Juli 1914	16,75	22,80	28,80

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 und 1921 vergleiche mein Buch „Vor der Revision“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Mai 1922 für einen alleinlebenden Mann 80 M., für ein kinderloses Ehepaar 123 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 166 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 25 150 M., für das kinderlose Ehepaar 88 400 M., für das Ehepaar mit 2 Kindern 51 900 M.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Mai 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 auf 483 M., das heißt auf das 28,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 786 M., das heißt auf das 35,2fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 auf 995 M., das heißt auf das 34,5fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 8 1/2 wert.

Wie kommen wir aus dem Ernährungselend heraus?

Trotzdem das Getreide für den offenen Verkehr noch nicht ganz freigegeben ist, und trotz Umlageverfahren wird mit diesem notwendigen Lebensmittel (auch als Mehl) ein so schamloser Wucher getrieben, daß er die Empörung der besitzlosen Bevölkerung auf höchste steigert. Kosten doch in Hamburg 1 Pfund Mehl 11,50 und 12 M., 1 Liter Milch 10 M usw. Diesem Treiben zu steuern, zeigt sich die Regierung machtlos. Dennoch muß diesem Wucher so schnell wie möglich ein Ende gemacht werden, soll die besitzlose Bevölkerung (und dazu gehören die Arbeiter ja auch) nicht einem grenzenlosen Elend entgegengehen. Wie aber ist diesem schamlosen Treiben der Landwirte und mehr noch der Getreidehändler entgegenzuwirken? Ich will versuchen, hierzu einen Weg zu zeigen.

Unter den Pharaonen im alten Ägypten bestand eine Verfügung (und sie wurde streng durchgeführt), daß jedem Getreidebauer vorgeschrieben wurde, welche Sorte Getreide er auf seinen Aekern säen durfte; auch das Quantum war ihm vorgeschrieben. War die Ernte beendet, mußte jede Ortsbehörde (ich gebrauche die Bezeichnung nach unserer heutigen Nomenklatur) nach der Reife des Königs berichten, wieviel Korn geerntet war. Jeder Bauer mußte nun sein Getreide an den Ortsvorsteher abliefern, und dieser das Korn in die Reife senden. Es ist aber wohl anzunehmen, daß jede Gemeinde soviel Korn beschlief, wie gebraucht wurde, und daß auch das Korn zur frischen Ausaat unter Aufsicht des Ortsvorstehers in den Ortstädten blieb, da die Verkehrsverhältnisse jener Zeit einen häufigen Transport nicht zuließen. Diese Maßregel hat sich sehr gut bewährt, und es ist ja bekannt, daß Ägypten selbst als Kornkammer für das mächtige Rom diente.

Die Nutzenanwendung hieraus liegt auf der Hand. Wir müssen eine gleiche Einrichtung wie die eben geschilderte treffen. Das ist natürlich nicht so einfach, wie es hier niedergeschrieben ist. Aber Schwierigkeiten sind keine Hindernisse. Zunächst müßte aller Ackergrund wieder an den Staat fallen, das heißt dergestalt den jetzigen Besitzern genommen werden, daß sie nur eine mäßige Summe (etwa die Hälfte des Vorkriegswertes) erhielten. Dann würde die Ackerbaufläche in größere Parzellen (vielleicht zu 50 Hektar) geteilt und verpachtet. Die Pächter könnten oder müßten sich zur rationalen Bebauung des Bodens zu Genossenschaften zusammenschließen. Und nun würde jedem Pächter oder jeder Genossenschaft vorgeschrieben (durch Sachverständige natürlich), welches Getreide oder welche Feldfrüchte sie auf ihren Ackerflächen bauen sollten. Würde ein Pächter oder eine Genossenschaft sich weigern, solchen Verfügungen der Behörden nachzukommen, so müßte der Pachtvertrag ohne weiteres als aufgehoben gelten, und der Staat würde diese Ländereien anderweitig verpachten. Bei dem Fortschreiten unserer Genossenschaftsbewegung dürfte dies nicht schwer fallen. Die Ernteergebnisse würden einer Zentrale mitgeteilt, und die Regierung oder die gesetzgebende Körperschaft (hier also der Reichstag) würden den Preis für das Getreide und die Feldfrüchte festsetzen. Das Händler- und Maklersystem würde natürlich aufhören. Das Getreide würde an Zentralstellen in den einzelnen Ländern und Provinzen abgegeben, hier zu Mehl und Mühlenfabrikaten verarbeitet und durch Verkaufsstellen dem Verbrauchte zugeführt, wofür vor allem die Konsumgenossenschaften (nicht Kleinhändler) in Betracht kämen (aber heileibe keine Einrichtung, wie unser verflorenes Reichsernährungsamt). Auch hier müßte natürlich der Verkaufspreis vorgeschrieben werden. Müßte ausländisches Getreide hinzugekauft werden, so hätte dies durch Einkaufsgesellschaften zu geschehen, die von der Regierung zu bestimmen wären. Der Verkaufspreis für dies Getreide müßte wiederum von den gesetzgebenden Körperschaften festgesetzt werden. Mit den andern Feldfrüchten würde ebenso verfahren werden müssen. Dann kämen Fleisch, Milch, Butter usw. an die Reihe.

Nun aber die Ausführung! Zunächst dürfte kein deutscher Grund und Boden mehr an Ausländer verkauft werden. Derartige Kaufverträge müßten gesetzlich für ungültig erklärt werden.

Um aber überhaupt in der Gesetzgebung ein solches Gesetz durchzuführen, müssen die Arbeiter in ihrem großen Teile aus ihrem Dahindämmern und ihrer Gleichgültigkeit gegenüber öffentlichen Dingen sich aufrufen und von ihren Abgeordneten mit aller Einmütigkeit tatkräftig und entschlossen fordern, daß sie den gesetzgebenden Körperschaften solche Gesetze vorlegen, ihre Annahme mit allen Kräften fördern und durch ihre Stimmen verwirklichen helfen.

Verharren die deutschen Arbeiter und alle Minderbemittelten in ihrer bisherigen Gleichgültigkeit und Verspottung, dann droht ihnen in kurzer Zeit die Verelendung asiatischer Kulis. Also, aufgewacht, solange es noch Zeit ist!
T. H. G a m p e.

Wir haben dem hier von einem Freund unseres Blattes gemachten Vorschlag gern Raum gegeben; über die Schwierigkeiten seiner Durchführung sind wir uns durchaus im Klaren. Sie werden treffend illustriert durch Vorgänge in neuerer Zeit. Zurzeit liegt dem Reichsrat ein Regierungsentwurf des „Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922/23“ vor. Dieser Entwurf enthält, wie wir der auf diesem Gebiete gut informierten „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ entnehmen, gegenüber dem Gesetze von 1921/22 einige wichtige Änderungen. Unverändert bleibt indessen die Pflicht der Landwirtschaft, 2/3 Willkür-Lohnen Getreide durch Umlage aufzubringen. Die landwirtschaftlichen Organisationen haben gegen diese Umlage bereits Maßnahmen ergriffen durch „Nichtlinien“, die kürzlich die „Freiheit“ wiedergeben konnte. Dazwischen sind genaue Anweisungen für die Vertrauensleute der organisierten Landwirtschaft gegeben, um die Durchführung der Getreideumlage, falls sie Gesetz werden sollte, zu sabotieren. Im einzelnen werden die Vertrauensleute aufgefordert, keine Angaben über Anbauflächen und Ernteschätzungen zu machen, weder Getreide noch Kartoffeln ohne Zustimmung der Organisation abzuliefern, nötigenfalls die Tätigkeit von Druschkommandos durch Entfernung wesentlicher Bestandteile aus den Dreckschälen zu vereiteln und die nichtorganisierten Landwirte durch moralische und wirtschaftliche Druckmittel zu veranlassen, sich den Maßnahmen der Organisation anzuschließen. Alle organisierten Landwirte, die gegen diese An-

weisungen verstoßen, sollen aus der Organisation ausgeschlossen und scharf boykottiert werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt nunmehr fest, daß die von der „Freiheit“ veröffentlichten Richtlinien für den Widerstand gegen die Getreideumlage weder von landwirtschaftlichen Spitzenverbänden noch von ihren Provinzialorganisationen erlassen worden sind. Sie denkt aber nicht daran, diese Richtlinien zu mißbilligen. Von landwirtschaftlicher Seite sei wiederholt deutlich ausgesprochen worden, daß man sich einem neuen Zwange nicht fügen werde. Es sei also verhältnismäßig gleichgültig, ob von irgendwelchen landwirtschaftlichen Organisationen derartige Parolen ausgegeben würden. Es stünde in diesen „Nichtlinien“ im Grunde nicht mehr, als die Gewerkschaften ihren Leuten sagen würden, wenn die Regierung ihnen einen ähnlichen Zwang auferlegen wollte, wie sie eine neue Getreideumlage für die Landwirtschaft darstelle. Vom Hungerterror sei aber keine Rede; denn gerade die Richtlinien beweisen, daß die Landwirte durchaus bereit und willens sind, freiwillig alles zur Broterzeugung der Bevölkerung zu tun, selbst wenn eine neue Umlage kommen sollte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt also diese Richtlinien ihrem Inhalt nach für sich und die ihr nahestehenden landwirtschaftlichen Organisationen an. Stillschweigend fordert sie also zu einem organisierten Widerstand gegen die Durchführung eines Gesetzes, das noch nicht in Kraft getreten ist, heraus. Wird diese Haltung nach Verkündung des Gesetzes beibehalten, so würde sie als strafbare Handlung angesehen und dementsprechend verfolgt werden müssen. Ob das allerdings geschehen wird, bleibt abzuwarten; denn bisher wukten sich jene Kreise sehr geschickt nicht nur ihrer Verpflichtung, sondern in den meisten Fällen auch dem Arm der Gerechtigkeit zu entziehen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Umstauen verboten!

Im vorigen Jahre haben wir bereits einmal eine Bekanntmachung erlassen über Anzeigen in „Zimmerer“, die den Arbeitssuchenden das Umstauen verbieten oder von ihnen fordern, daß sie sich vorher bei dem Vorsitzenden oder dem Kassierer der Zählstelle melden. Da diese Anzeigen überhandnehmen — vereinzelt wird sogar verlangt, daß sie bis fünfmal erscheinen sollen — ist eine Einschränkung dringend geboten. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß ihrer Aufnahme nur stattgegeben werden kann, wenn triftige Gründe dafür vorliegen. Anträge auf Aufnahme derartiger Anzeigen sind daher mit ausführlicher Begründung an den Zentralvorstand zu richten, der sich deren Nachprüfung vorbehält. Die Zustimmung zur Aufnahme wird nur in dringenden Fällen erteilt.

Raffengeschäftliches.

Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 31. Mai gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten für die Zentralkasse ein: Aus Aachen 5000 M., Aalen in Württ. 3278,70, Aken a. d. S. 350, Alfels 188,10, Altleben a. d. Saale 718,25, Apolda 40, Aschaffenburg 4554,65, Aßbach 1789, Aurich 199,50, Bad Reichenhall 1611, Bad Wildungen 259, Bamberg 3845,85, Behndorf 170, Bernburg 2400, Bielefeld 3011,20, Bielefeld 319,20, Blankenstein a. d. S. 69,50, Bleckede 1235,60, Bochum 6000, Borna 2000, Borchdorf 1331,55, Bremen 30 000, Brieg i. Schlesien 4115,10, Burgkötter 2000, Bülow i. Mecklenburg 600, Canth 385,80, Cassel 4000, Celle 3000, Chemnitz 1800, Coblenz 11 022,05, Cöthen 500, Cottbus 5668,80, Crailsheim i. Württ. 729,80, Crimmitschau 3000, Dahlen 1200, Delitzsch 1500, Dessau 4000, Deutsch-Arone 500, Deutsch-Bissa 2500, Dresden 16,80, Drochtersen 550,70, Eichede 297,50, Eilenburg 900, Elmshorn 2000, Emmetten 296, Erfurt 12 000, Esfen 19 239,10, Flensburg 1762,60, Falkenstein i. B. 1500, Flensburg 2000, Förste a. S. 4629,10, Frankenthal 1500, Frankfurt 446,60, Fulda 2518, Frankfurt a. d. O. 4166,95, Frieda 867,95, Friedrichsmaße 601,30, Füssen 405,85, Geesthacht 1000, Gerdaun 1408,80, Geringswalde 1030,20, Giffhorn 1289, Gillerstein 6, Glogau 1925, Gnoien 800, Göppingen 7492,40, Göttingen 4000, Grafenau 427,85, Greiz 4000, Grimma 2000, Groß-Strehlitz 655,20, Guben 5733,50, Gutzrau 3000, Güttrow 1000, Hagenau 1239,65, Hagenow 1000, Hainichen i. S. 1600, Halberstadt 3894, Halle an der Saale 7000, Haineln 5759,70, Hameln i. Westf. 183, Hannover 8000, Hattenbach 930,35, Heiligenstadt 110, Herbsleben 1105, Hirschberg a. d. Saale 4475,90, Hirschberg i. Schlef. 13 000, Hohenmölsen 1000, Jarmen 580, Jehnitz i. Anh. 1500, Jüterburg 538,05, Jöhannisburg 1350, Jüterbog 2000, Kappeln 339,80, Karlsruhe 2000, Köslitz 239,50, Köslitz 1000, Köln 29 000, Kremen 1534,95, Kyritz 1200, Labiau 576,50, Lahr 200, Landsberg a. d. W. 1000, Langensalza 500, Lassa 642,55, Lauf i. B. 400, Leck 373,55, Leer 1031,80, Leipzig 50 000, Liebenwerda 2327,90, Liegnitz 6000, Lobenstein 1000, Lollar 1932,45, Luckenwalde 6000, Lüneburg 3622,90, Magdeburg 31 453,50, Mainz 10 700, Mannheim-Ludwigshafen 13 020,20, Marburg 2401,25, Marggrabowa 717,30, Marktneufkirchen 1092, Meiningen 7604,15, Melde i. Ostf. 638, Mehnburg 130, Mittweida 5283,75, Möckern 1946,90, Mühlberg a. S. 3205,25, München 31 000, Namslau 2135,40, Nauen 2665, Neudau 500, Neumarkt i. Schlef. 3235,45, Neumünster 2000, Neuz 2500, Neustadt a. d. Odra 1000, Neuwedel 608,75, Neuzelle 1400, Nörtenberg 220, Nürtingen 1046,50, Oelsnitz i. S. 3662,25, Orlau i. Schlef. 3500, Oldenburg 6000, Oranienbaum 1619,80, Otscha 1209, Oßersleben 828, Osnadbrück 4000, Osterode i. Ostpreußen 43, Oßersleben i. W. 611,60, Pöhlitz 850, Potsdam 4000, Preetz 483,60, Reichenbach i. B. 3000, Röhda 2266,70, Roschwein 2, Rosdorf 330, Rötha 2000, Saalfeld i. Ostpreußen 409,30, Saatzbrücken 21 001, Schkeßwig 1240, Schleisingen 900, Schmöln 1000, Schönebeck a. d. E. 8802,50, Schwaan 560, Schwarzenberg 2000, Schwerin in Mecklenburg 1170, Seehausen 2334, Senzburg 2005,75, Spremberg 5414,30, Swinemünde 4051, Stepenitz 1516,50, Stöckach 124,10, Stollberg i. S. 8500, Straußberg 1100, Strehla a. d. E. 495,

Stuhm 428,50, Tann 305,60, Teterow 42, Treptow a. d. N. 690,95, Tübingen 4219,30, Tuitlingen 2568, Uelzen 4412,44, Ulm 17, Weiden 362,10, Waren 532,90, Weida i. Thür. 4133,80, Weimar 5000, Werbau i. S. 2300, Weiskammer 190, Weiskammer 1100, Wetter 999,90, Wübba 2365,70, Wunsen a. d. N. 2717, Wunsen a. d. N. 8063,75, Wismar 1000, Wittenberg 3000, Wittingen 1668,27, Wolfenhausen 777,45, Wolgast 1529,90, Worms 4500,85, Wusterhausen 963,40, Zarrentin 600, Ziegenrück 500, Zösbig 1500, Züllichau 2100, Zingst 1331,50, Zverjes 8840,18.

Für diverse der Hauptkasse in Rechnung gestellte Ausgaben gingen folgende Beträge ein: Aus Aalen 387,20 M., Alfels 385,60, Mittenfellenbach 594,50, Anklam 90,40, Bad Kösen 90, Barth i. P. 992, Berlin 350, Berlinchen 459,20, Bernburg 476,80, Brandenburg 185,30, Braunsberg 177,50, Breslau 69, Brunsbüttel 219,80, Bunzlau 292,90, Coburg 199,60, Cöthen 141,30, Crefeld 126,40, Crossen a. d. O. 554,75, Güttrin 256,20, Dahlen 194, Delmenhorst 166, Dresden 1012,65, Duisburg 15 342,90, Düsseldorf 87,50, Ebstorf 536,10, Eßing 352,50, Eisenach 89, Fallersleben 587,10, Frankfurt a. M. 526,60, Freienwalde a. d. O. 94,20, Gelsenkirchen 1857,30, Gölitz 82,20, Gotha 3100, Guben 600, Göttingen 1138,90, Heiligenbeil 1033,20, Herne 362,20, Kamenz 161,70, Kiel 186, Königsberg i. Ostpr. 2002,80, Leipzig 49,50, Lengenfeld 200, Müßig i. W. 97, Meiningen 53, Mühlberg am Jnn 2768,95, Müllrofe 145,20, München-Gladbach 41,10, Muskau 125,60, Naumburg 395,40, Neuhaldensleben 205,50, Nürtingen 140, Oelsnitz 328, Peitzert 767, Perleberg 292,25, Pöhlitz 100, Potsdam 333,90, Sagan 833,70, Scheußitz 55,50, Schönebeck a. d. Elbe 1810,80, Senftenberg 4626,30, Seyda 244,80, Straußberg 12,60, Tilsit 181,50, Torgelow 306,85, Wierzen 240, Wanne 716,60, Werder a. d. Havel 231,30, Wildbad 86,25, Wilhelmshaven 382,90, Wilster 135, Wunsen a. d. Luze 31, Zeulenroda 96,60, Ziebingen 518,40, Zittau 68,50.

Für den Abwehrkampf der Metallarbeiter gingen bis 31. Mai folgende Beträge ein: Aus Ahrensburg 190 M., Aken 145, Alsenburg 110, Andernach 90, Angermünde 150, Auma 210, Bad Nibling 215, Bamberg 600, Barth 230, Bayreuth 685, Bergeborf, 775, Bergen b. Celle 125, Berlin 19 770, Berlinchen 200, Bernstadt in Schlefien 181, Bremen 4500, Bülow i. Mecklenburg 130, Calbe 130, Calefeld a. S. 295, Caffel 3500, Cöthen 410, Crimmitschau 600, Dannenberg 50, Dargun 70, Dessau 725, Döbeln 475, Dölich i. Pom. 207, Dortmund 2350, Esfen 2500, Frelberg i. Sa. 1510, Freienwalde a. d. O. 205, Friedland i. W. 160, Frankfurt a. M. 7000, Garz a. Mügen 100, Geesthacht 230, Gentlin 565, Glogau 675, Gotha 750, Göttingen 700, Grevesmühlen 185, Güttrow 550, Hamm i. B. 500, Hannover 3570, Jehnitz 360, Klöße 115, Köln 4000, Königs-Lutter 160, Köslitz 490, Kokenau 175, Kremen 109, Landau 235, Landsberg a. d. W. 450, Langelsheim 200, Langensalza 200, Lauenburg a. d. E. 120, Leipzig 7040, Liebeck 2300, Ludwigslust 105, Lüneburg 715, Marne 200, Merseburg 3000, Mienburg a. d. W. 350, Neubamm 240, Neustrelitz 210, Norden 180, Nördlingen 115, Nürnberg 7000, Obernitz 110, Oderburg i. d. M. 145, Oels i. Schlef. 240, Osterburg 230, Parchim 190, Pasewalk 160, Peitz 124, Perleberg 375, Pöhlitz 150, Rathenow 715, Reudersburg 680, Nibnitz i. W. 240, Roslau 200, Rosdorf 620, Saarau i. Schlef. 270, Schleg 425, Schleswig 260, Schmöln 375, Schneverdingen 140, Schoppeim 220, Schwanenbach a. d. S. 190, Schwarzenbeck 140, Schwerin i. W. 525, Seesen 150, Siegen 600, Sigmaringen 190, Soltau a. d. Spree 400, Stavenhagen 240, Treuenbrieken 95, Trittau 100, Tübingen 600, Warin 85, Weiden 100, Weimar 500, Wildeshausen 120, Wismar 290, Zäckeritz 85, Zerst i. A. 260, Ziegenrück 145, Zwenkau 225.

Un Quittungen über Erwerbslosenunterstützung gingen folgende Beträge ein (die Beträge für Krankenunterstützung sind mit einem * bezeichnet): Aus Aachen *162,40 M., Aalen i. Württ. 116, Ahrensbüd *100,80, Alfels *55,20, Alsenburg 36, Altenburg *106,80, Alts-Landsberg 30,80, Angerburg 144, *14,40, Anklam 111,60, Annaberg-Buchholz 148,40, Ansbach 38, *28, Arnstadt *117,60, Aschaffenburg 50,40, Aue *61,60, Augsburg *650, Aurich 276, *72, Baden-Baden *100,80, Bad Nibling *43,20, Bad Salzbrunn *76,80, Bad Kösen *144, Bad Lausitz *22,40, Bad Odesloe 25,20, Bad Reichenhall *147, Barmen-Eberfeld *282,80, Bausen 251,20, *344,80, Bayreuth 680, *100,80, Berchtesgaden *43,20, Berlin 310,80, *6185,20, Berlinchen *232, Bernau *16,80, Bernburg *67,20, Bielefeld *480, Bielefeld 532,80, Bismarck *56,40, Bitterfeld *340,20, Blankenstein a. S. *91,20, Bochum *142,80, Bolzenburg *151,20, Bollenhain *121, Bonn *137,20, Borchdorf 36, *61,60, Borna *121,80, Brandenburg *28, Braunsberg 72, Braunschw. *740,40, Bremen *1302, Bremerhörde *78,40, Breslau 14, *1440,80, Briel i. W. *42, Brunsbüttel 126, *185,20, Büd. *58,80, Bunzlau 55, *116, Buraun-Kaufcha *24, Calbe *9,60, Cammer 156, Canth 264, Cassel *1138,20, Chemnitz 168,20, *774,80, Christburg 26, Coburg *90, Cösbitz *160,80, Cöthen *21,60, Crailsheim 24, Crefeld *107,80, Crimmitschau *100,80, Crossen 8, *190,40, Güttrin 144, Dahlen *36, Dannenberg 28,80, Darmstadt *434,40, Dargun 576, *458,40, Delitzsch *25,20, Delmenhorst 126, *252, Demmin *60, Dessau *67,20, Deutsch-Bissa *50,40, Döbeln 24, Döbeln *70, Dölich *19,20, Dömitz *24, Dortmund *337,40, Dresden 77 981,30, *21 569,20, Drochtersen *260,40, Droschitz *57,60, Düsseldorf 168, *523,60, Ebstorf *53,20, Eberwalde *58, Eggenfelden *53,40, Eichenf. 103,20, *84, Eichede 360, Eilenburg *154, Eisenach *263,80, Esfenberg *22,40, Eßing 312, *201,60, Elmshorn *95,20, Esferberg *218,40, Erding *50,40, Erfurt *474,60, Esfen *511, Eßtrup *30, Fallenberg i. Schlef. 252, Falkenstein 178,40, Flensburg *72,80, Forchheim 252, Förste *240, Frankenberg *96,60, Frankenhäusen *14,40, Frankfurt a. M. *1931,60, Frankfurt a. d. Oder 57,20, *229,60, Freiberg *39,20, Freiburg *235,60, Freienwalde 72, Freising *72, Freudenstadt 169,20, *122,40, Freyhan 684, Friesland i. W. 29, *72, Friedrichshafen *162,40, Gabelbusch *158,40, Gelsenkirchen *44,80, Gentlin *117,60, Gera *369,60, Gerdaun 238, *144, Giffhorn *48, Glauchberg 57,60, Glauchau *170,80, Glogau *43,20, Gmünd *100,80, Gollap 190, Göppingen *302,40, Gölitz *467,60, Gotha *285,60, Göttingen *252, Grafenau 76,80, Gräfenhainichen 123,20, Greifswald *74, Greiz *89,60, Grimma 53,20, *19,20, Großsch. Wegau *21, Gronau i. G. *14, Großbreitenbach 150, *81,20, Groß-Neudorf *117, Groß-Strehlitz 232,40, Groß-

Bimmern *120,40, Guben *61,60, Gumbinnen 195, Gütersloh *50,40, Gützlow 80, Hagenua i. Ostpr. 528, Hainichen 174,60, *118, Halberstadt 546,40, *1866,60, Halle *330, Hamburg 265, *2986, Hammerstein 115,20, Hannover *1228,80, Hagynau 120, Heidenheim *55,20, Heilbronn *697,20, Helmbrichs 46,20, *50,40, Helmstedt *7,20, Herbsleben 174, *284,40, Herzberg *86, Hirschberg i. Schlef. 109,20, *852,80, Hof *184,80, Hohenmölsen *121,80, Holzhausen *81,20, Holzkirchen *4,80, Heiligenstadt *115,20, Jena 175,20, *363,60, Jümenau *43,20, Jünnenstadt *115,20, Jüterburg 184,40, Jyerlohn *120,40, Jyehoe *79,20, Jüterbog *62,40, Kahlra 19,20, *146,40, Kamenz 16,80, *184, Karlsruhe 83,60, *229,20, Kattowitz *166, Kehl *54, Kempten *122,40, Kebin *16,80, Kiel 103, *1197, Kirchheim u. T. 80, *12, Klingenthal 235,20, Kolberg 857,60, *115,20, Kolzig 828,80, Königsberg i. Pr. 26,40, *450,80, Königsee *91,20, Königslutter *100,80, Königswasserbaufen 83,60, *108, Kößlin *126, Kulmbach 16, Kyritz *85,20, Köln *985,60, Lahn i. Schl. *128,80, Lahr i. W. *297,20, Lamspringe *236, Landau (Pfalz) *83,60, Landeshut i. Schl. *42, Landsberg a. d. W. *451,20, Langelsheim 44,80, Langensl. *294, Lassa *16,80, Lauenburg a. d. Elbe *84, Lauenburg i. Pom. 82,40, Laufen 204, *78, Lehe-Geestemünde *431,20, Leipzig *1593,20, Lengenfeld 260,40, Liegnitz 216, *25,20, Lindau *14, Löbnitz 60, *28,80, Lübben-Steinkirchen *211,20, Lübeck 87,80, *415,20, Luda *28, Ludenwalde *80, Rineburg *88,40, Lüd 129,60, Magdeburg *1013,60, Mainz *190,40, Malchin *43,20, Mannheim *1242,20, Marienburg 80, Marienwalde *88, Marissa 136,80, Marktredwitz *40,80, Marne *210, Meerane *156,80, Meiningen 766,80, *466,80, Memel *86,40, Merseburg 67,20, *642,60, Meßeritz *89, Meuselbach 474, Müllitz 48, Minden *86,80, Mittweida *98, Mülln *61,60, Mühlberg *25,20, Mühlberg 872, *1442,80, Münschen *1110,40, Münschen-Grabach *28,80, Nauen *60,40, Naumburg 100,80, *820,60, Neheim *221,20, Neidenburg 268, Neije 6, *106, Neubrandenburg *12, Neubamm *72, Neugersdorf 192, *184,80, Neuhaldensleben *86,40, Neumarkt i. Schl. *84, Neumünster *138,40, Neurode 831,20, *668,60, Neujahz *120, Neuj *117,60, Neustadt a. d. Orla *18, Neustettin 7,20, Nordhausen 141,60, *208,80, Nörtingen 142,80, Nossen *180,20, Nürnberg 14, *863,80, Nürtingen 120, *354, Ober-Niedernaufrich *82,40, Oberberg 61,60, Oels i. Schl. *86,40, Ohlau *76, Odenburg 126, *134,40, Oppeln 480,80, *222, Oranienbaum *81,60, Oranienburg *67,20, Ortelshurg 148,20, Ostersleben *44,80, Osterode 84, Ostermied a. S. 43,20, *57,60, Parchim *14,40, Pflaffenhofen *26, Pforzheim *168, Pfluffen 86,40, Pinnenberg *96, Plathe *24, Plau *40, Plauen 344,40, *117,60, Plön *84, Polzin *36,80, Prenzlau *115,20, Pritz *67,60, Quedlinburg *115,20, Querfurt *28,80, Raftenburg 86, *52,80, Rehan *36, Reichenbach i. W. *168, Reimsch *298,80, Rendsburg *189, Reulingen *183,60, Reja *440, Rode 96, Röhrda *72, Rosenberg i. Westpr. *48,20, Rosenheim *28,80, Roslau *33,60, Rößel 619,20, Rostock 182, *140, Rostwein 50,40, Rotenburg i. S. 50,40, Rudolstadt 105,60, Saalfeld a. d. S. *16,80, Saarbrücken 1714,80, *661,20, Sagan *24, Salungen 180, Sand *205,60, Seelow *24, Seib 72, Seemd *800,80, Senftenberg *539,20, Sensburg 28,80, Seotland 42, Sonneberg *199,20, Spremberg *236,80, Scheubitz *16,80, Schladen *86,40, Schlane 184, *151, Schlei 28, *108, Schleswig 243,60, Schleusingen *86,40, Schmiedeberg *144, Schmöln *83,80, Schönberg *115,20, Schönebeck 1852,40, *1450, Schönlanke 125,60, Schwaan *197,40, Schwarzenbach 60, Schwarzenberg *184,80, Schweidnitz *177,80, Schwerin *181,60, Stadtholzen-dorf 57,60, Stargard i. Pom. *184,40, Starnberg 28,80, *38,40, Stavenhagen *14,40, Steinbergen 684,80, Stettin *761,60, Stolp 72, *122,40, Straßburg i. d. U. 28,80, Straußberg 808,40, *86,40, Strehla *92,40, Strehlen *92,40, Stühreback *115,20, Talsingen *98,40, Tambach 216,60, *147,20, Tann *62,40, Tilsit 234, Timmenrode *48, Torgau *108, Tübingen *879,20, Tutzingen *460,80, Uckermark 216, Ueje *18, Uelzen *28,80, Waldenburg i. Schl. *684,80, Waldshut *38,40, Wallendorf 56, Waltershausen *134,40, Waren *26,40, Webel *112, Weferlingen *57,60, Weida 57,60, *79,20, Weimar *122,80, Werda *239,40, Weklar *64,80, Wiersbinnen 78, *86, Wiesbaden *318, Wiesdorf *86,40, Wilkelsleben *855,60, Wipfen a. d. R. 48,20, Wismar *278,40, Witten *81,20, Wittenberg 24, *81,80, Wittenberge *67,20, Wittlingen *82, Wiphenhausen *12, Wolfsberg *80, Wolgast 628, *76, Wollin 275,20, *56, Worms *218,40, Beth *215,80, Zella-Mehlis *115,20, Zellin 44, Bittau 40,80, *445,20, Zossen 86,40, Zwenkau *78,40, Zwönitz *156,80.

Arbeitslosenunterstützungen wurden im Mai nach den im Monat Juni eingegangenen Quittungen ausbezahlt für 23 449 Tage = 106 184 M.
 Krankenunterstützungen wurden im Mai nach den im Monat Juni eingegangenen Quittungen ausbezahlt für 23 967 Tage = 95 501,60 M.
 Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gannorstände.
Unser Verband in Oberschlesien.

Bericht über die Jahre 1920 und 1921.
 Der Weg der gewerkschaftlichen Organisation in Oberschlesien ist der Weg des Leidens. Hindernisse mannigfacher Art, wie man sie in andern Gegenden nicht mehr kennt, stellen sich uns hier entgegen. Oberschlesien ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, wo die Geistesfreiheit noch den größten Einfluß auf die Gemüter der ärmeren Bevölkerung hat. Daraus ergibt sich auch der Tiefstand in allen Fragen der Kultur. In einem solchen Gebiet ist der Gedanke der solidarischen Selbsthilfe nur sehr schwer zu verbreiten. Man denke sich dazu noch die nationale und sprachliche Zersplittertheit und die Zersplitterung der Arbeiterschaft durch die vielen verschiedenen Organisationen, dann kann man die Schwierigkeiten ungefähr ermessen, mit denen hier zu kämpfen ist.
 Trotzdem hat unser Zentralverband seit 1905 viel Mühe aufgewendet, um in Oberschlesien festen Fuß zu fassen. Es schien auch zu Zeiten, daß größere Erfolge zu erschaffen seien; aber die Gleichgültigkeit unserer Berufskollegen und die nichtständige Arbeit an einem Ort, wie es im Industriegebiet selbstverständlich ist, bildeten immer wieder neue Gemütschwermere. Trotzdem könnte, wenn die Zimmerer das nötige Verständnis hätten, die Fluktuation viel geringer sein. Man würde nicht so oft hören, daß es

ja ganz gleich sei, wo man sich organisiere. Ein ganzer Teil Zimmerer ist im Bauarbeiterverband und im Metallarbeiterverband organisiert. Hauptächlich in industriellen Betrieben werden kleine Berufsgruppen in andere Organisationen gezwungen. Als ein Uebelstand ist zu verzeichnen, daß solche Organisationen zum größten Teil niedrigerer Beiträge erheben als die baugewerblichen Organisationen. Daß Arbeiter, die heute noch nicht wissen, warum sie organisiert sind, immer für die niedrigsten Beiträge zu haben sind, ist erklärlich, und es ist ihnen gleich, in welche Organisation, und sei es die Union, sie eintreten.

Aber auch diesen Organisationen wird bald klar werden, daß mit niedrigen Beiträgen Kämpfe mit dem heutigen Unternehmertum nicht geführt werden können. Der alte Stamm der Mitglieder hat es längst begriffen, daß nur durch ihre Berufsorganisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt werden sind, und daß ohne Mittel keine Kämpfe geführt werden können. In der heutigen Zeit sollte eigentlich jeder Zimmerer seine Ehre und seinen Stolz darin setzen, seiner Berufsorganisation, dem Zentralverband der Zimmerer, anzugehören. Wenn jeder Zimmerer in Oberschlesien dieses Bewußtsein hätte, müßte sich die Mitgliederzahl verdoppeln, und dadurch würde unser Zentralverband auch in Oberschlesien ein achtunggebietender Machtfaktor. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes, alle die Zimmerer, die sich in andere Organisationen verirrt haben und solche, die uns noch fernstehen, dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands als Mitglieder zuzuführen. Dabei soll man sich nicht immer auf die Leitung der Organisation verlassen; denn sie tut bestimmt ihre Pflicht, sie kann aber nicht immer auf den Arbeitsstellen sein. Die Mitglieder müssen auf den Arbeitsstellen selbst darauf achten, daß alles organisiert und ein Vertrauensmann gewählt ist. Den Vertrauensmännern muß Unterstützung zuteil werden, damit sie ihr Amt im Interesse der Gesamtheit ausüben können und ihre Arbeitsfreudigkeit und Lust zur Mitarbeit nicht erlahmt. Es kommt bedauerlicherweise vor, daß selbst Mitglieder dem Vertrauensmann das Leben schwer machen. „Kameraden, das muß anders werden; denn nur Einigkeit macht stark!“ Alle Uneinigkeit muß verschwinden, jeder Zimmerer muß organisiert sein, und jedes Mitglied muß die beschlossenen Beiträge gern und willig zahlen, dann wird es den Vertrauensleuten ein leichtes sein, ihre Pflichten zu erfüllen. Daß es in unserm Gebiete noch recht viel Arbeit gibt, wird jeder einsichtige Zimmerer zugeben müssen. Deshalb muß jeder seine Pflicht tun und nicht glauben, Beiträge zahlen genügt. Dies genügt nicht allein, es muß auch jeder agittieren und organisieren, bis der letzte Zimmerer seiner Berufsorganisation zugeführt ist.

Die Tätigkeit des Gauleiters war in den Berichtsjahren sehr umfangreich. Besucht wurden die Zahlstellen Rattowitz und ihre Bezirke 285 mal, Konstadt 9 mal, Leobschütz 16 mal, Oppeln 88 mal, Ratibor 15 mal und Rosenberg 5 mal; Großstrehly wurde im Januar 1921 neu gegründet und 10 mal besucht. An Sitzungen und Besprechungen mit den Vorständen wurde in 43 Fällen teilgenommen, in 111 Fällen erfolgten Revisionen der Kassen beziehungsweise Abrechnungen. Versammlungen wurden 141 abgehalten, Sitzungen der Lohnkommissionen fanden 4 und Verhandlungen mit den Unternehmern 71 im Beisein des Gauleiters statt; ferner betrieb er in 108 Fällen Agitation, davon in 18 Fällen in unorganisierten Orten. Wegen Streikkontrolle wurde 11 mal eingegriffen, und Aufträge des Zentralvorstandes wurden 6 erledigt. Insgesamt machten sich 417 Reisen durch den Gauleiter und 8 durch Vertreter notwendig. Postausgänge waren 908 zu verzeichnen, Posteingänge waren es bedeutend mehr.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Am Schlusse des Jahres 1919 betrug die Zahl der Mitglieder 1128. Eintritte im Jahre 1920 888, erneuert 283, zugereift 219, Restanten zahlten nach 567, ausgestreten sind 1920 72, gestorben 9, abgemeldet 69, Restanten am Schlusse des Jahres 649. Zahl der Mitglieder am Jahreschlusse 1587. 1921 traten 822 ein, erneuert 186, zugereift 140, Restanten zahlten nach 619, gestrichen wurden 668, gestorben 8, abgemeldet 145, Restanten am Jahreschlusse 890. Am Jahresende 1921 war somit eine Mitgliederzahl von 1220 zu verzeichnen. Im Jahre 1920 nahm sie gegen 1919 um 409 zu, gegen 1920 aber im Jahre 1921 um 817 ab. Immerhin ist gegen 1919 in den 2 Berichtsjahren eine Zunahme von 92 Mitgliedern zu verzeichnen.

Die Zustände in Oberschlesien in den letzten 2 Jahren waren außerordentliche, nirgends ist wohl ein derartiger Terror ausgeübt worden wie hier während dieser Zeit. Bereits im Jahre 1920 am 20. August brach der erste Putz aus, wobei unsere Mitglieder berjagt und gezwungen wurden, in die polnische Organisation einzutreten, wenn sie arbeiten wollten. Am 8. Mai 1921 folgte der zweite Putz, und fast das ganze Baugewerbe lag 11 Wochen lang brach. Die Leute flüchteten so weit sie konnten, bis die Bahn gesperrt wurde. Auch unsere Kameraden mußten in den Städten als Flüchtlinge behandelt und verpöfelt werden. Ich selbst war in Rattowitz. Nur mit Mühe und Vorzicht war es möglich, von der Wohnung nach dem Gewerkschaftshaus zu kommen, um in den vielen Sitzungen, die sich in dieser Zeit für die Gewerkschaften notwendig machten, mitzutreten und mitzutaten, um unter der ausgebehten Arbeiterschaft wieder etwas Ruhe und Besonnenheit zu schaffen. Es war für die Gewerkschaften sehr schwer, die Behörden, die hier für Ruhe und Ordnung zu sorgen hatten, zu überzeugen von all dem Terror, der täglich aus allen Ortsgemeinden gemeldet wurde. Seit Jahren haben sich die Arbeiter, ob sie polnisch oder deutsch sprachen, in Oberschlesien sehr gut vertragen und nur durch die national-polnische Agitation ist es so weit gekommen, daß sich die Arbeiter gegenseitig hersehtet haben und ein großer Teil um Gab und Gut gebracht worden ist. Hoffen wir, daß die oberschlesische Arbeiterschaft im allgemeinen und die Zimmerer im besondern erkennen, daß es ihre Aufgabe ist, den Kapitalismus, der sie mit all seinen Machinationen heute mehr denn je drückt, zu bekämpfen. Dazu gehört Einigkeit und Geschlossenheit, ob es deutsche oder polnische Arbeiter sind, sie alle müssen dazu beitragen, und nur mit Hilfe der freien Gewerkschaften wird es möglich sein, diesen Kampf zum Wohle der Arbeiter durchzuführen.

Die Versorgung der Flüchtlinge nach dem Putz machte eine ungeheure Arbeit. Sie wurden in allen Orten nur nach dem Gutachten der Orts- oder der Gemeindevorsteher oder wem sonst die Flüchtlingsfürsorge übertragen war, bedacht. Da konnten die Gewerkschaften nicht ruhig zusehen, sie versuchten beim Flüchtlingskommissar, die Ungerechtigkeiten nachzuweisen und zu begründen. Dadurch wurde den Gewerkschaften diese Fürsorge nach Ausarbeitung von Richtlinien bis 31. Juli übertragen, vom 1. bis 15. August zahlten sie auch noch die Erwerbslosenunterstützung aus. Von da an übernahmen die Gemeinden wieder die Auszahlung; aber es war wenigstens erreicht, daß die Organisierten gleichmäßig nach den Vorschriften der Richtlinien unterstützt wurden. Es war keine leichte Arbeit, weil bei jedem Antrag eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Dauer der Arbeitsverhinderung beizubringen war. Was das für Schwierigkeiten mit sich brachte, kann nur der beurteilen, der einen Einblick in die Verhältnisse nehmen konnte. Wiewohl in Königshütte, Gindenburg und Gleiwitz unsere Kameraden ihre Unterstützung durch die Ortskartelle erhielten, haben wir in Rattowitz immer noch eine Million Mark zur Auszahlung für unsere Kameraden verbraucht. Aber auch diese Aufopferung der Gewerkschaften für ihre Mitglieder haben nicht alle, auch ein Teil unserer Mitglieder nicht, begriffen. Sie sind trotzdem fahnenflüchtig geworden. Das ist sehr bedauerlich. Doch hoffen wir auch hier, daß solche Arbeiter bald zur Einsicht kommen und den Weg zu ihrer Organisation wiederfinden.

Der Stundenlohn ist seit Jahreschlusse 1919 in Rattowitz und Königshütte um 14,40 M., in Oppeln um 12,30 M., in Ratibor um 11,63 M., in Konstadt und Rosenberg um 10,30 M., in Leobschütz um 7 M. und in Großstrehly um 6,50 M. bis 31. März 1922 gestiegen. In der heutigen Zeit, wo die Preise der Lebensbedürfnisse mit unheimlicher Schnelligkeit steigen, bedeutet die fortwährende Regelung der Löhne für die Funktionäre eine starke Belastung ihrer verfügbaren Zeit. Dadurch leidet die Agitation in einem Gebiete wie Oberschlesien besonders stark. In Oppeln und Leobschütz machte sich im vorigen Jahre ein Kampf nötig. Die Kameraden mußten 6 Wochen lang große Opfer bringen. Der Kampf konnte jedoch erfolgreich beendet werden mit einer Lohnerhöhung von 2,35 M. die Stunde. Die Kosten der Hauptkasse betragen für Oppeln 19 667,75 M. und der Lokalkasse 820 M.; für Leobschütz zahlte die Hauptkasse 421 M. Wenn nicht immer allen Wünschen der Mitglieder Rechnung getragen werden konnte, so liegt das nicht am guten Willen des Gauleiters, sondern es lassen sich nicht immer die Meinungen der einzelnen Mitglieder im Gesamtinteresse der Organisation vertreten. Hoffen wir, daß in unserm Bezirk durch Aufklärung mehr Einigkeit erzielt und durch gegenseitiges Entgegenkommen beider Teile, des polnischen wie des deutschen, unser Zentralverband in Oberschlesien zu einem starken Machtfaktor wird, der die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder in der kraftvollsten Weise verbessern kann.

Joseph Schwob, Rattowitz.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Angermünde, Burgstädt (Platzstreik), Chemnitz (Platzstreik), Danzig, Königsberg i. N., Lyden, Neuruppin, Rathenow, Schneidemühl, Schwerin i. M., Stolp, Tambach, Wismar und Jersb.

Gesperrt sind in Pasewalk die Firma Götsch und in Heibelberg die Firma Feld & Franke.

Streik in Rathenow. Die Entscheidung des Bezirkslohnamtes für die Provinz Brandenburg ergab für den Monat Juni eine Lohnerhöhung von 5 M. die Stunde. Eine Versammlung unserer Kameraden lehnte dies ab und beschloß fast einstimmig den Streik.

Streik in Schneidemühl. Den Unternehmern war eine Lohnerhöhung von 5 M. die Stunde übermittelt. In den Verhandlungen boten sie nur 1,20 M. Dies geringe Angebot konnte nicht befriedigen. Die Kameraden sind daher in den Streik getreten.

Beendigung des Streiks in Schwedt. Es ist ein Lohn von 21,60 M. und außerdem 20 S Werkzeugschädigung die Stunde vereinbart. Die Arbeit ist am 30. Mai wieder aufgenommen worden.

Differenzen in Danzig. Durch Verhandlungen gelang es, einen neuen Tarifvertrag zu schaffen. Die noch verbliebenen Differenzen sind am 30. Mai vor dem Tarifamt verhandelt worden. Gleichzeitig entschied diese Instanz, daß für Juni ein Stundenlohn von 27,83 M. zu zahlen ist. Die Werkzeugschädigung beträgt 20 S die Stunde. Die Unternehmer haben diese Entscheidung abgelehnt.

Differenzen in Chemnitz. Um für jeden Zimmerer 6 Tage Ferien durchzuführen, ist eine Anzahl Baugeschäfte gesperrt. Obwohl verschiedene Unternehmer schon Ferien zugestanden haben, ist der Bezug vorläufig ferngehalten.

Differenzen in Mannheim-Ludwigshafen. Am 30. Mai fanden für das Vertragsgebiet Unterbaden, Vorderpfalz und angrenzende Teile Verhandlungen statt. Ihr Ergebnis war ein Vorschlag auf 8,60 bis 4 M. Lohnerhöhung die Stunde. Der Lohn würde für Mannheim-Ludwigshafen dann 80 M. die Stunde betragen. Die Bauarbeiter stimmten dem Vorschlage zu, die Zimmerer lehnten ihn ab und beharrten auf ihrer Forderung von 83 M. die Stunde. Weitere Verhandlungen lehnten die Unternehmer ab. Vorläufig ist beschlossen worden, daß alle lebigen Kameraden abzureisen haben.

Verhandlungen für die Pfalz. Am 30. Mai haben für die Pfalz Verhandlungen stattgefunden mit dem Ergebnis, daß der Lohn für den Monat Juni um 4,50 M. erhöht wird.

Verhandlungen für Ober- und Mittelbaden. Am 2. Juni tagte in Karlsruhe das vereinbarte Schiedsgericht; es entschied, daß in den Lohnklassen I, II und III der Lohn um 4 M, in den Lohnklassen IV, V und VI der Lohn um 3,90 M die Stunde für den Monat Juni zu erhöhen ist. Freiburg wird ein Ausgleich von 25 S die Stunde empfohlen.

Erfolgreiche Verhandlungen für Thüringen. Das im „Zimmerer“, Nr. 23, unter dieser Stichmarke mitgeteilte Ergebnis der bezirklichen Verhandlungen für den Monat Juni ist dahin richtigzustellen, daß die Endlöhne den Lohnklassen entsprechend jetzt 26,40, 25,50, 24,75 und 22,50 M die Stunde betragen.

Nochmalige Verhandlungen in Württemberg. Im „Zimmerer“ Nr. 22 wurde über ergebnislose Verhandlungen berichtet. Durch nochmalige Verhandlungen gelang es, in der 1. Lohnklasse eine weitere Lohnsteigerung von 50 S die Stunde zu erreichen. Die 2. Lohnklasse bekommt weitere 20 S die Stunde, und bei den übrigen Lohnklassen bleibt der alte Satz bestehen. Allen in Groß-Stuttgart beschäftigten Facharbeitern wird eine Verkehrszulage von 1 M pro Stunde gezahlt. Die Löhne betragen somit den Lohnklassen entsprechend, für den Monat Juni 23 M, 24,70 M, 23,50 M und 22 M die Stunde.

Erfolgreiche Verhandlungen für das Unterwesertal. Trotz der im „Zimmerer“ Nr. 22 geschilderten ergebnislosen Verhandlungen gelang es am 6. Juni, die Parteien erneut zusammenzubringen. Das Ergebnis ist eine 15- bis 17% prozentige Steigerung des Lohnes für den Monat Juni bis einschließlich 5. Juli. Der Lohn beträgt danach 25,30 M bis 30 M die Stunde. Der Durchschnittslohn hat sich gegenüber dem Vormonat von 24,48 M auf 23,15 M die Stunde gesteigert.

Vereinbarungen in Hessen und Hessen-Nassau. Durch Verhandlungen, die am 1. Juni zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe einerseits und den baugewerblichen Arbeiterorganisationen andererseits zu Frankfurt a. M. stattfanden, wurden nachstehende Vereinbarungen getroffen:

Die Bestimmungen des Lohn- und Arbeitstarifs für das Baugewerbe in der Provinz Hessen-Nassau, den Freistaaten Hessen und Baden, dem Bezirk Wehrhahn und den angrenzenden Gebieten von Bayern und Baden vom 21. Juli 1920 und die Bestimmungen über die Bildung von Bezirkslohnämtern vom 12. Januar 1921 behalten Gültigkeit, solange Lohnvereinbarungen auf Grund dieser Bestimmungen bestehen oder Verhandlungen über Änderungen der Stundenlöhne für Bauarbeiter im diesseitigen Vertragsgebiete schweben.

Wird ein neuer Reichstarifvertrag für das Baugewerbe oder ein neuer Bezirksstiftungsvertrag für das diesseitige Vertragsgebiet abgeschlossen, so treten die Bestimmungen derselben automatisch an die Stelle vorgenannter Bestimmungen.

Der Stundenlohn beträgt vom 1. Juni 1922 an:

	I	II	III	IV u. V
Maurer.....	30,—	29,50	27,50	25,50 M
Zimmerer.....	30,—	29,50	27,50	25,50 „
Hilfsarbeiter...	28,80	28,80	26,20	24,20 „

Für Junggesellen beträgt der Lohn:

im 1. Jahre....	21,50	21,—	19,50	17,— M
„ 2. „.....	26,—	25,—	22,—	19,50 „

Diese Löhne gelten bis 5. Juli 1922.

Vereinbarungen in Oberberg. Durch Verhandlungen ist der Lohn von 17,75 M auf 23 M die Stunde erhöht.

Schiedspruch für die Provinz Hannover. Die bezirklichen Verhandlungen am 1. Juni waren ergebnislos. Gefordert wurde eine Lohnsteigerung von 8 M die Stunde. Die Unternehmer machten kein Angebot. Am 6. Juni legte das Bezirkslohnamt und entschied, daß die Löhne der Facharbeiter um 8 M, die Löhne der Bauhilfsarbeiter um 2,25 M die Stunde zu erhöhen sind. Tiefbauarbeiter bekommen keine Lohnsteigerung. Erklärungsfrist der Parteien ist der 12. Juni. Unsere Zahlstelle Hannover hat diesen Schiedspruch abgelehnt.

Schiedspruch und Vereinbarung für Bayern. Durch Verhandlungen sind folgende Vereinbarungen zustande gekommen:

- Die bisherigen Reichstarifverträge für das Deutsche Baugewerbe des Nordbayerischen Bezirksstiftungsvertrages und die bisherigen Ortsstiftungsverträge in Südbayern bleiben in Kraft mit der Maßgabe, daß
 - in § 5 Absatz 4 des Reichstiftungsvertrages an Stelle der zweimonatigen Frist eine einmonatige tritt;
 - der durch das Schiedsgericht festzusetzende Lohn vom 1. Juni 1922 an gilt;
 - die zu vereinbarenden Zuschläge vom 1. Juni 1922 an in Kraft treten;
 - die neue Ortsklasseneinteilung, vorbehaltlich der Genehmigung des Bayerischen Baugewerksverbandes, vom 19. Juni 1922 an Geltung hat. Die Orte, hinsichtlich deren Einreihung Widerspruch erhoben wurde, werden den Gewerkschaften bekanntgegeben. Noch vor dem 18. Juni 1922 muß über die endgültige Einreihung dieser Orte sowie über die Anträge der Maschinenisten, sei es in freier Vereinbarung oder durch ein Schiedsgericht in Nürnberg oder München entschieden werden.
 - Kommt eine Einigung über den Reichstiftungsvertrag zustande, so tritt dieser an die Stelle der bisherigen Tarifverträge. Die sich aus dem neuen Reichstiftungsvertrag für den Landestarifvertrag ergebenden Änderungen beziehungsweise Ergänzungen werden in diesen übernommen.
- Kommt es zum Kampfe wegen des Reichstiftungsvertrages, so behalten sich die Parteien ihre Beschlüsse vor.
- München, den 31. Mai 1922. Die Vertragsparteien.

II. Zuschlag für Ueberstunden 25 %, Nacharbeit 40 %, Sonntagarbeit 50 % des Stundenlohnes einschließlich einmaliger weiterer Teuerungszulagen. Für Wechselstunden

bei Nacht und Wasserarbeiten, für Turmarbeiten über 25 m Höhe 10 % des Gesamtsundenlohnes. Werkzeugentwädigung: Zimmerer 85 S, Maurer 20 S, Hilfs- und Erdarbeiter 7 S pro Stunde. Entfernungszulagen: Bei über 4 km = 9 M, über 8 km = 12 M, über 12 km = 15 M, über 20 km = 20 M, mit Uebernachten 40 M pro Tag, ebenfalls werden die Eisenbahnfahrten bezahlt.

III. ist eine neue Ortsklasseneinteilung festgelegt. Durch diese neue Ordnung werden eine Anzahl Zahlstellen in höhere Lohnklassen aufrücken. Am 16. Juni wird der bayerische Baugewerksverband über diese Vereinbarungen befinden.

Ueber die Lohnhöhe ist folgender Schiedspruch gefällt: Nach der von den Vertragsparteien am 31. Mai 1922 getroffenen Vereinbarung werden die Stundenlöhne vom 1. Juni 1922 an erhöht: Für Arbeiter über 18 Jahre um 3,50 M pro Stunde.

Die Lohnsteigerung der jugendlichen Arbeiter beträgt bei einem Alter von unter 18 Jahren 2/3, bei einem Alter von unter 17 Jahren 1/3 dieser Zulage. Ausgebildete Facharbeiter unter 18 Jahren erhalten den vollen Betrag der festgesetzten Sätze. Zur Abgabe einer Erklärung über Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches wird den Parteien Frist bis einschließlich 7. Juni 1922 gewährt.

München, den 31. Mai 1922.

Die Vorsitzenden: gez. Ischinger, Brückner, Hartmann.

Die Arbeitgeberbeisitzer: gez. Stranglmeier, Schmid, Buchle, Meyer, Hummel.

Die Arbeitnehmerbeisitzer: gez. Kupfer, Järber, Reitberger, Stieh, Bach.

Schiedspruch für Schlefien. Der Schlichtungsausschuß verhandelte am 3. Juni und fällte folgenden Spruch, dessen Annahme oder Ablehnung bis 10. Juni von den Parteien zu erfolgen hat. Im gesamten Bezirk werden vom 1. Juni an zu den Malilöhnen 17 % zugelegt. Die Handwerkszeugentwädigung wird von 20 auf 30 S die Stunde erhöht; die Auslösung wird um 25 % aufgebessert.

Schiedspruch für Braunschweig. Am 31. Mai fand unter Mitwirkung des unparteiischen Schiedsgerichts eine Verhandlung mit dem Braunschweigischen Landes-Arbeitgeberverband über eine Lohnsteigerung statt. Ein Vergleichsvorschlag, die Stundenlöhne um 2,50 M zu erhöhen, wurde von der Arbeiterseite abgelehnt, worauf der Schiedspruch gefällt wurde: Die bisherigen Lohnsätze für Maurer und Zimmerer werden vom 2. Juni an um 3,50 M erhöht. Die Spanne bei den Hilfsarbeitern bleibt bestehen. Die Werkzeugzulage wird für Zimmerer auf 30 S, für Maurer auf 15 S pro Stunde festgesetzt. Die Parteien haben sich bis 7. Juni, mittags 12 Uhr, zu erklären.

Schiedspruch für die Provinz Sachsen. Auf Antrag der beiderseitigen Vertragsparteien tagte am 3. Juni das Bezirkslohnamt für die Provinz Sachsen und Anhalt, um die Löhne für den Monat Juni festzulegen. Nach längerer Aussprache im Plenum und anschließender Beratung des Lohnamtes wurde folgender Schiedspruch verkündet: Die am 30. Mai gezahlten Löhne der Bauarbeiter (Gesellen) werden für die dem 28. Mai folgenden Lohnwochen bis 9. Juni beziehungsweise dem Ablauf der laufenden Lohnwoche um 4 M pro Stunde erhöht. Die Löhne der Bauhilfsarbeiter betragen 1,10 M weniger als die vordienend festgesetzten Löhne der Gesellen der betreffenden Lohnklasse. Die im Tiefbau zu zahlenden Löhne sind 2,80 M geringer als die Löhne der Gesellen. Im übrigen gelten die im Schiedspruch vom 20. April niedergelegten Grundsätze. Ueber Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches haben sich die Parteien bis 10. Juni zu erklären.

Nach einer uns zugegangenen Mitteilung haben unsere Kameraden in Merseburg-Deuna dem Schiedspruch gegen wenige Stimmen zugestimmt; die Bauarbeiter hingegen verhalten sich ablehnend. Differenzen sind wahrscheinlich.

Schiedspruch für Ostpreußen. Nach ergebnislosen bezirklichen Verhandlungen fällte das Bezirkslohnamt in Königsberg am 1. Juni folgenden Spruch: Die Löhne und Zuschläge werden am 1. Juni um 27 % erhöht, für Gehaltsgeld Löhnen 5 S die Stunde außerdem in Ansaß. Der Lohn beträgt somit für Königsberg 24,94 M, für Lohngebiet I 21,97 M, für die andern Lohngebiete 20,88 M und 20,79 M die Stunde. Erklärungsfrist ist der 8. Juni.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dibersach a. Rh. Am 27. Mai fand im Lokal „Traube“ unsere Zahlstellenarbeitsversammlung statt, zu der die Mehrzahl der Kameraden erschienen war. Der Vorsitzende, Kamerad Klein, gab nach kurzen Begrüßungsworten einleitend einen Bericht über die bisherige Tätigkeit unserer Verbandsgruppe und gedachte unserer Aufgaben in der Zukunft. Von der Bezirksleitung war Kamerad Groß, Hlm, erschienen; er gab einen kurz gefassten Bericht von der Tätigkeit des Verbandstages und ermahnte die Kameraden, mit äußerster Kraft ihren gewerkschaftlichen Pflichten nachzukommen, damit unser Verband auch weiterhin in noch größerem Maße die Elitetruppe im Bauhandwerk darstelle. In der sich anschließenden Diskussion wurde die Arbeit des Verbandstages im allgemeinen und einige Beschlüsse im besonderen von den Kameraden gutgeheißen. Bezüglich der Agitations- und der Lehrlingsfrage wurden Anträge von der Versammlung angenommen, deren nähere Prüfung und Lösung dem Ausschuß übertragen wurden. Die Kameraden sind sich bewußt, daß sie auf vorgehobenem Posten alle Kräfte anspannen müssen, um ihren Aufgaben und Pflichten ihrer Berufsorganisation gegenüber gerecht zu werden. In Halle muß der letzte Zimmerer dort stehen, wo es die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft erfordert. Mit einem Hoch auf die neugegründete Zahlstelle und unsern Zentralverband wurde die sehr gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Dreslau. Am 30. Mai fand eine Mitgliederversammlung statt, in der Lehrer Genosse Gabriel einen Vortrag hielt über: „Die weltliche Schule und freie Elternvereinigung“. Redner wies anfangs auf die freien Gewerkschaften, auf ihre

Bedeutung und Ziele hin, um die sie gekämpft haben. Jedem freien, überzeugten Gewerkschafter habe es bis heute zur Freude gereicht, für seine Ideale zu kämpfen. Der Zweck der freien Elternvereinigung sei, für die weltliche Schule zu kämpfen. Durch Agitation unter den Eltern soll das Programm der sozialistischen Parteien: „Einführung der weltlichen Schulen“, schneller verwirklicht werden. In seinen weiteren Ausführungen legte Redner die Grundzüge der weltlichen Schule dar. Durch die Revolution habe sich auch die freie Lehrerschaft vom Religionsunterricht befreit, und ihr Bestreben sei es, den Unterricht freier zu gestalten, als er während der früheren monarchistischen Regierung war. Redner zitierte an der Hand von Beispielen die handgreiflichen Widersprüche, die den Kindern im Religionsunterricht eingepaukt werden, zum Teil heute noch, insbesondere in den katholischen Schulen. Mit übergroßer Mehrheit habe sich der Deutsche Lehrerverein für die weltliche Schule bekannt. Es liege nun an der Elternschaft, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden. Redner drückte sein Bedauern aus, daß das in Breslau bisher noch zu wenig geschehen sei; er wies hierbei auf das schwarze Köln hin, wo die weltliche Schule längst eingeführt sei; auch in schlesischen Orten sei sie schon vorhanden, nur in Breslau noch nicht. Er ermahnte am Schluß seines Vortrages, von den ausliegenden Zeitungen regen Gebrauch zu machen, damit auch hier die weltliche Schule eingeführt werde, was zum Oktober geschehen soll. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde auf die Wahlen der Elternbeiräte hingewiesen. Es wurde um rege Beteiligung ersucht. Anschließend hieran gaben die Delegierten Goldschmidt und Mannig den Bericht vom Verbandstag. Kamerad Goldschmidt forderte die Kameraden noch auf, die Berichte im „Zimmerer“ vom Verbandstag eingehend zu verfolgen. Gleichfalls sei dringend nötig, die neuen Satzungen, sobald sie ausgehandelt werden, eingehend zu studieren. Eine längere Aussprache führte das Einarbeiten von Feiertagen, insbesondere des 1. Mai, herbei. Es wurde beschlossen, daß jegliches Einarbeiten von Feiertagen und andern Tagen verboten ist. Wegen Kameraden, die es nicht unterlassen können, müssen andere Schritte unternommen werden. Es fanden noch verschiedene interne Angelegenheiten ihre Erledigung. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Appell an die Platz- und Baudelegierten, schärfere Buchkontrolle vorzunehmen.

Chemnitz. Eine Mitgliederversammlung am 24. Mai im „Kolosseum“ beschäftigte sich mit dem Ergebnis des Verbandstages und mit der neuen Lohnforderung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Liehner in üblicher Weise gelehrt. Darauf hielt ein erblindeter Lehrer a. D. einen kurzen Vortrag über die Kurzschrift. Rummel behandelte Kamerad Wallh in andert-halb-stündigem Vortrag die auf dem Verbandstag gefassten Beschlüsse und Resolutionen. In der Diskussion wurde betont, daß die Vorlage zum Reichstiftungsvertrag offen hätte abgelehnt werden müssen, um die Unternehmer zu weiteren Zugeständnissen zu zwingen. Lebhafter Unwille wurde laut gegen die Einrichtung einer neuen Unterstützungsstufe. Wenn man auf der einen Seite mit Recht dazu übergeht, die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung abzubauen, worüber in der Versammlung allgemeine Genugtuung herrschte, so könne man nicht auf der andern Seite wieder eine Unterstützungsrichtung schaffen, die nicht Aufgabe der Gewerkschaften sei. Im allgemeinen habe man auch auf unserm Verbandstag von der Stimmung einer Kampforganisation wenig gemerkt. Zu der Lohnverhandlung, die am 30. Mai in Dresden stattfand, wurde ein Lohn von 85 M gefordert, da auf diesen Baustellen bei einem Tariflohn von 24 M auf direkte oder indirekte Art bereits bis zu 30 M gezahlt werden. Die Regelung der Lehrlingslöhne und Bezahlung der kirchlichen Feiertage soll mit gefordert werden. Da die sozialen Forderungen bei den Lohnverhandlungen immer in den Hintergrund gedrängt werden, soll versucht werden, nach Abschluß der Lohnverhandlungen hierfür einen besondern Verhandlungstermin zu bekommen.

In der Versammlung am 1. Juni, die gleich nach Arbeitslohn in der „Linde“ stattfand und sehr gut besucht war, wies Kamerad Wallh eingangs auf den Streik der Bautechniker hin. Die Streikbrecher wurden verlesen und die Kameraden aufgefordert, die Streikenden besser zu unterstützen. Zum Resultat der Lohnverhandlungen gab Wallh bekannt, daß die Unternehmer 3 M bewilligt hätten unter der Bedingung, daß in Zukunft 48 Stunden die Woche gearbeitet und der Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern vergrößert werde usw. Da eine Einigung nicht zu erreichen war, fällte das Lohnamt folgenden Spruch: „Der Lohn beträgt vom 1. Juni an 28,50 M, für Ungelernte 27,10 M, das sind 1,40 M oder 5 % weniger. Die Auslösung beträgt 50 und 65 M sowie 55 und 70 M, wenn die Arbeit nicht länger als 4 Wochen dauert. Das Kilometergeld beträgt bei 5 km 6,25 M und bei jedem weiteren Kilometer 75 S mehr.“ In der lebhaften Diskussion wurde mit einzelnen Ausnahmen die Ablehnung empfohlen. Die Abstimmung ergab 140 Stimmen für Annahme, 164 für Ablehnung, 5 Stimmen waren unglücklich. Das Resultat vom Gau soll abgewartet werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige stark besuchte Zimmererversammlung stellt sich hinter die 4 Punkte, die die kommunistische Partei an die sozialistische Regierung Sachsens gestellt hat, und verlangt von der Regierung eine Politik zum Nutzen der Arbeiterklasse. Das Gewerkschaftstaktik und die Betriebszentrale werden aufgefodert, sofort eine Betriebsräte-Vollversammlung einzuberufen, die sich mit der Einberufung eines Betriebsräte-Longresses für Sachsen beschäftigen soll.“

Frankfurt a. M. Am 7. Juni fand in den Henningerfälen eine gut besuchte Lohngebietsversammlung statt. Gauleiter Kamerad Maul gab den Bericht vom Verbandstag. Ausführlich wurde in diesem Bericht auf die Neuregelung der Vertragsleistung und des Unterstützungswezens Bezug genommen. Redner wies an Hand einer Vorlage nach, daß sich in der Folgezeit die Wochenbeiträge und danach auch die Unterstützungsätze ganz automatisch nach den jeweiligen Stundenlöhnen gliedern. Die Stellungnahme des Verbandstages zum Abschluß eines Reichstiftungsvertrages wurde ebenfalls eingehend erörtert. Auch die Entschliefungen zum Baugewerksbund und der Sozialisierung des Baugewerbes fanden eingehende Würdigung. Nach einer kurzen Debatte stellte der Versammlungsleiter fest, daß die Versammlungen mit den Handlungen und Beschlüssen des Verbandstages ein-

verhandelt waren. Anschließend berichtete dann Kamerad Maul über die Lohnverhandlungen, die am 1. Juni mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband geführt wurden. Nach langen und heftigen Debatten und Sonderberatungen habe man vereinbart, daß auch die festeren Löhne in den ersten drei Lohngruppen eine Lohnhöhung von 5 M zu zahlen sei; mithin der Stundenlohn für Frankfurt vom 1. Juni an 30 M betrage. Nachdem bereits der Vertrauensmännerkörper der Bahnhöfe und auch die meisten Bahnhöfe im Gau zugestimmt und ebenfalls die Arbeitgeber diese Vereinbarung angenommen hätten, sei inzwischen der Abschluß getätigt worden. Eine Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung fand nicht statt. Mit der Aufforderung, daß alle Kameraden dafür Sorge tragen sollen, daß die neuen Löhne auch überall zur Auszahlung gelangen, schloß Kamerad Reinhard die Versammlung.

Grünberg i. Schl. (Vierteljahresbericht.) Im ersten Vierteljahr fanden 3 Mitgliederversammlungen statt. Sie befaßten sich mit geschäftlichen Angelegenheiten, Wahlen, besonders aber mit den Lohnverhandlungen. An der sozialen Bauhilfe ist die Zahlstelle mit 10 000 M beteiligt. Auch wurde die Errichtung einer freien Hilfskasse der Zimmerer beschlossen. Die Aufbringung des Streifonds geschieht durch besonderen Beitrag. Jedes Mitglied hat 5 Marken à 3 M zu geben.

Hamburg und Umgegend. Allgemeine Mitgliederversammlung am 29. Mai im Gewerkschaftshaus. Den Bericht vom Verbandstag erstattete Kamerad Steinfeldt. Besonders eingehend auf die zur Beratung gestandenen Fragen grundsätzlicher Natur, wie Baugewerksbund und Sozialisierung, betonte der Redner, daß die übergroße Mehrheit des Verbandstages sich nicht habe davon überzeugen können, daß die Aufgabe der selbständigen Organisation notwendig sei; vielmehr war der Verbandstag der Meinung, daß die schlagfertigeren Organisationsform immer noch für unsern Beruf die Verbandsorganisation sei. Grundsätzlich habe sich der Verbandstag auf den Standpunkt des letzten Gewerkschaftskongresses gestellt, daß die Gewerkschaften nicht Träger der Produktion sein können und daß der Verband sich das Recht wahren müsse, auch in den sozialen Baubetrieben die Rechte seiner Mitglieder nötigenfalls mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu wahren. Trotzdem will der Verband die sozialen Baubetriebe unterstützen; aber nur insoweit, als nicht die Hauptaufgaben des Verbandes darunter leiden. Durch das Verhalten der Unternehmer auf ihrem Verbandstag sei eine Beschlußfassung über den Tarif gegenstandslos geworden. Nach einer Besprechung der Beitragsfrage, des Bauarbeiter-schutzes und anderer Fragen forderte der Redner auf, durch tatkräftige Mitarbeit die Beschlüsse des Verbandstages auszuwerten. Die Debatte gestaltete sich sehr lebhaft. Von einzelnen Rednern wurde der Beschluß, betreffend Baugewerksbund, bedauert. Wenn man auch keine Neigung habe, das „System Paeplow“ zu unterstützen, so sei doch aus anderen Gründen, als Paeplow sie fordere, der Zusammenschluß zu einer Industrieorganisation notwendig. Weiter wurde vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund größere Aktivität gefordert und von ihm verlangt, daß er die Arbeiter geschlossen zur Abwehr der Offensive des Kapitals in den Kampf führe. In einem längeren Schlusswort verteidigte Steinfeldt energisch die Haltung der Mehrheit des Verbandstages und ging, häufig durch Zwischenrufe unterbrochen, auf die übrigen in der Debatte angeführten Fragen ein. Eine Entschließung, die die Einberufung eines Weltarbeiterkongresses fordert, wurde mit 104 gegen 98 Stimmen angenommen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und nachdem die einseitige Haltung des Ortsausschusses in Sachen Presseagitation noch kritisiert worden war, erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Anmerkung des Berichterstatters: Die schwache Beteiligung der Mitglieder — von 3000 nur 200 — darf nicht so weitergehen. Bei so wichtigen Fragen sollte man erwarten, daß die Mitglieder das nötige Interesse für die Versammlungen zeigen.)

Königsberg. Am 31. Mai fand eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende gab den Bericht vom 22. Verbandstag. Die Diskussionsredner waren im allgemeinen mit den Beschlüssen und Maßnahmen des Verbandstages einverstanden. Der Gauleiter, Kamerad Finsel, erläuterte noch einzelne Ausführungen und brachte zum Ausdruck, daß der 22. Verbandstag fruchtbringende Arbeit geleistet habe. Der Vorstand hatte einen Antrag gestellt, den Beitrag für Monat Juni auf 20 M pro Woche zu erhöhen, für die Bezirke des Samlandes auf 18 M und für Lappau auf 17 M. Der Antrag wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Der Vorsitzende berichtete, daß im Laufe des Tages eine Lohnverhandlung stattgefunden habe und eine Forderung von 30 M Lohnrechnung gestellt worden sei. Die Unternehmer hätten sich aber dazu ablehnend verhalten. Das Lohnamt soll nunmehr dazu Stellung nehmen und einen Schiedspruch fällen. Die Versammlung nahm in der Lohnfrage eine stürmische Haltung ein. Die Kameraden sind nicht gewillt, immer Gewehr bei Fuß zu stehen und bei largem Lohn Fronddienste für den Geldsack zu leisten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 31. Mai stattfindende Versammlung der Zimmerer der Bahnhöfe Königsberg stellt sich reslos hinter die Forderung der Verhandlungskommission und verpflichtet sich, mit allen Mitteln der Forderung Geltung zu verschaffen.“ Der Schriftführer gab hierauf den Bericht von der Provinzialartefaktkonferenz. Es standen zur Beratung: Das Arbeitszeitgesetz, das Arbeitsgerichts-gesetz und die Schlichtungsordnung. Diese Gesetze kommen jetzt im Reichstage zur Beratung. Sie bergen in ihren vielen Ausnahmeparagraphen so viele Fesseln für die Arbeiter-schaft in sich, daß auch die letzten Errungenschaften der Revolution gunichte werden. Der Achtstundentag als solcher werde vollständig erledigt. Außerdem sollen die Gewerkschaften nach § 66 der Schlichtungsordnung unter Polizeiaufsicht gestellt werden. Massendemonstrationen finden am 10., 11. und 12. Juni in der ganzen Provinz statt. Die Versammlung stimmte einem Antrage zu, daß die Zimmerer Königsbergs sich reslos hinter den Beschluß des Kartells stellen. Die Mitgliederversammlung war von über 300 Kameraden besucht.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Der bei dem Abbruch auf dem Gelände Hugo Haase in Stellingen bei Hamburg beschäftigte Zimmerer Boutsch war mit einer Kolonne beim Niederlegen eines Binders beschäftigt, der ordnungsgemäß mit Haltetauen befestigt war. Durch eine im Binder steden-gebliebene Strobe wurde ein der Haltetau unklar. Boutsch wollte das Tau klar machen, im selben Augenblick rutschte der Binder zur Seite und schlug um, Boutsch unter sich begrabend. Glücklicherweise kam er in eine Vertiefung zu liegen, so daß er mit einigen Rippenbrüchen davon kam und Schlimmeres verhütet blieb. — Beim Wakenabladen für einen Neubau in Dahlem wurde der dreundsiebzigjährige Zimmermann Hermann Klocke aus Berlin, Regnitzer Straße 24, unter einem Balken, der ins Rutschen kam, begraben. In schwer verletztem Zustande wurde er ins Bichlerfelder Kreiskrankenhaus gebracht, wo er bald nach der Einlieferung starb.

Die Entschließung unseres 22. Verbandstages zur Sozialisierung und die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“. Als ungemünzt interessant für den Wirtschaftspolitiker bezeichnet die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ die von unserm 22. Verbandstag in Wermigerode angenommene Entschließung zur Sozialisierung des Baugewerbes. Durch sie sei, so behauptet genanntes Blatt, den Bauhütten das Todesurteil gesprochen und ein allgemein interessierender Satz geprägt, daß die Gewerkschaften nicht Träger der Erzeugung (die Entschließung sagt: Produktion) sein können. „Damit fällt — so schreibt das Blatt weiter — ein Kernstück des marxistisch-sozialdemokratischen Programms, das die Arbeiter in den Besitz der Erzeugungsmittel und somit der Erzeugung setzen will. . . . Theorie und Praxis! Wenn die Arbeiter erst einmal selbst Unternehmer geworden sind, dann erfahren sie es am eigenen Leibe, wie segensreich und fruchtbringend die schönen marxistischen Theorien in der Wirklichkeit wirken. . . . Unverständlich ist in dieser Entschließung nur, daß der Zimmererzentralverband, der am Anfang die Sozialisierungs-beschreibungen im Baugewerbe abgelehnt hat, am Schlusse die Beteiligung an der Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe billigt.“

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ verrät hier wieder einmal, wie so oft, einen starken Mangel an logischem Denken. Ihm allein ist es zuzuschreiben, daß sie die Entschließung unseres Verbandstages, die ganz klar und eindeutig ist, für unverständlich hält. Mit der am Schlusse erfolgten Feststellung nämlich, daß der Verbandstag die Beteiligung an der Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe gebilligt hat, fällt die eingangs aufgestellte Behauptung der „Arbeitgeber-Zeitung“, der Verbandstag habe den Bauhütten das Todesurteil gesprochen, glatt dahin. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt unserm Verbande aber auch ein Verdienst zu, auf das er keinen Anspruch hat. Nicht unser Verband hat den „allgemein interessierenden“ Satz geprägt, daß die Gewerkschaften nicht Träger der Produktion sein können. Dieser Satz entstammt vielmehr den vom 10. Gewerkschaftskongress in Nürnberg beschlossenen „Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften“, worin diese Aufgabe den Wirtschaftskammern zugewiesen wird. Mit der weiteren Behauptung der „Arbeitgeber-Zeitung“, daß mit diesem Satz „ein Kernstück des marxistisch-sozialdemokratischen Programms, das die Arbeiter in den Besitz der Erzeugungsmittel und somit der Erzeugung setzen will“, fällt, beneigt genanntes Blatt nur, daß ihm das marxistisch-sozialdemokratische Programm genau so unverständlich geblieben ist wie die Entschließung unseres Verbandstages zur Sozialisierung. „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vollkommenheit werde.“ So heißt es in dem Exzerpt Programm. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ macht daraus schlankwegs, „daß die Arbeiter in den Besitz der Erzeugungsmittel und somit der Produktion“ gelangen wollen.

Vor einer solchen Logik streichen wir die Segel. . . .

Bilder vom Danemark. Die Wagh & Freitag A.-G., Neustadt a. S. schließt das Geschäftsjahr 1921/22 bei einem Stammkapital von 25 Millionen Mark mit einem Nettogewinn ab von 9 172 774 M. Es gelangen 24 % Dividende zur Verteilung. Nach dem Bericht für das Ende Januar schließende Geschäftsjahr übte, wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, der von Anfang November 1920 fast ununterbrochen bis Anfang Mai 1921 dauernde Winter auf die Ergebnisse der Baustellen einen nachteiligen Einfluß aus. Zeitweise habe sich auch eine recht empfindliche Baustoffknappheit, besonders in Eisen und Zement, bemerkbar gemacht. Die südamerikanischen Niederlassungen waren befriedigend beschäftigt. Sie haben auch in das neue Geschäftsjahr einen ausreichenden Auftragsbestand herübergenommen. Die G. m. b. H. in Wien habe 1921 sowohl in Oesterreich, Ungarn wie auch in Tschechien große Bauwerke ausgeführt und ein befriedigendes Ergebnis erzielt. Im Dezember 1921 wurde die Tiefbauunternehmung C. Waresel in Stuttgart in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Zwischen der neuen Aktiengesellschaft und der Wagh & Freitag A.-G. wurde eine Interessengemeinschaft abgeschlossen.

Die Haber mann & Gules A.-G., Kiel, beschloß in ihrer Generalversammlung die Verteilung von 10 % Dividende sowie die Erhöhung des Grundkapitals um 12 auf 18 Millionen. Dabon werden den alten Aktionären 6 Millionen im Verhältnis von 1 zu 1 zu 250 % angeboren. Etwa 5 Millionen der neuen Aktien werden zum Erwerb des Gesamtvermögens der H. Hebold & Co. A.-G. in Holmünden und der mehr als 4 % Mehrheit der Geschäftsanteile der Gluckauf-Baugesellschaft m. b. H. in Dortmund verwendet. Der Rest bleibt zur Verfügung des Vorstandes. Die Verwaltung hofft auch für 1922 ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen.

Die „Union“, Baugesellschaft auf Aktien, Berlin, berichtet: Unsere Bauabteilung war während des ganzen Jahres mit Aufträgen gut versehen. Die Beschaffung der Baustoffe war bei den ständig steigenden Preisen mit Schwierigkeiten verknüpft und erschwerte eine zuberlässige Kalkulation der Baukosten. Die Bauabteilung erfordert wegen der Verteuerung der Materialpreise und bei den ständig gestiegenen Löhnen die Bereitstellung größerer Mittel. Demzufolge hat die außerordentliche Generalversammlung vom 7. Januar 1922 die Erhöhung des Grundkapitals um den Betrag von 5 400 000 M für das Geschäftsjahr 1922 dividendenberechtigter junger Aktien zum Ausgabeursache von 150 % beschlossen; die Erhöhung des Grundkapitals ist inzwischen zur Durchführung gelangt. Im neuen Geschäftsjahr hat die Grundstücksabteilung bereits eine Reihe von gewinnbringenden Geschäften abgeschlossen; die Bauabteilung ist mit Aufträgen reichlich versehen, so daß wir glauben — insofern nicht wirtschaftliche Störungen eintreten — auch für das laufende Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis erwarten zu dürfen. Der Reingewinn aus Bauausführungen, Grundstücksverkäufen usw. stellt sich auf 1 546 772 M. 12 % Dividende wurden verteilt.

Die Generalversammlung der A.-G. für Bauausführungen, Berlin, genehmigte den Abschluß des fünfzigsten Geschäftsjahres und setzte die Dividende auf 15 % fest. Nach Angabe des Vorstandes ist die Gesellschaft mit Aufträgen gut versorgt. Die Aussichten sind daher als günstig zu bezeichnen.

Die zur Gruppe der Rheinisch-Westfälischen Bauindustrie, A.-G., in Düsseldorf gehörenden 4 Gesellschaften Rheinisch-Westfälische Bauindustrie, A.-G. in Düsseldorf, Saar-Bauindustrie, A.-G. in Saarlouis, Oberrheinische Bauindustrie, A.-G. in Freiburg i. B. und die Bayerische Bauindustrie, A.-G. in München, beantragen für 1921 10 % Dividende. Im neuen Jahre ist die Gruppe sehr gut beschäftigt und verfügt über einen Auftragsbestand von rund 500 Millionen Mark, so daß die Aussichten als gut bezeichnet werden.

Die Generalversammlung der Industrie Hoch- und Tiefbau-A.-G., Düsseldorf, hat eine Erhöhung des Grundkapitals um 7 auf 10 Millionen Mark beschlossen. Die Kapitalerhöhung war bedingt durch den wesentlichen Umfang den der Geschäftsbetrieb angenommen hat. Die ersten 3 Millionen werden von den bisherigen Aktionären übernommen, während der Rest von 4 Millionen Mark von einer der Gesellschaft naheliegenden Berliner Gruppe gezeichnet wird. Der Geschäftsgang im Jahre 1922 hat sich weiter günstig entwickelt. Es liegen Aufträge in erheblichem Umfange vor.

Die Generalversammlung der Diederhoff & Widemann A.-G., Bielefeld, beschloß die Ausschüttung einer Dividende von 15 %, wie vorgeschlagen, sowie die Erhöhung des Aktienkapitals um 14 Millionen Mark. Das gesamte Aktienkapital beträgt nunmehr 48 Millionen Mark und setzt sich zusammen aus 88 000 Stammaktien, 10 000 Vorzugsaktien. Die Stammaktien sollen an der Börse eingeführt werden; die dafür erforderlichen Schritte sind bereits in die Wege geleitet.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Baugewerbe und Achtstundentag. Der internationale Verband der Bauunternehmer beschloß auf seiner letzten Tagung im Oktober 1921 in Brüssel — eine Notiz der Mitteilungen des Berliner Bureau des Internationalen Arbeitsamtes erinnert daran — beim Internationalen Arbeitsamt anzufragen, ob es nicht möglich sei, daß dessen Verwaltungsrat Anordnungen der maßgebenden internationalen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter zur Frage des Achtstundentages höre. In dem betreffenden Beschluß wird darauf hingewiesen, daß das Baugewerbe den Witterungsverhältnissen ausgesetzt und daher der Achtstundentag schädlich ist, ganz besonders zu einer Zeit, wa ein allgemeiner Wohnungsmangel besteht, insbesondere natürlich in den vom Kriege zerstörten Gebieten. Der Achtstundentag soll daher aufgehoben werden, solange nicht die wirtschaftliche Lage in der ganzen Welt wieder eine normale geworden ist. Auch soll auf die Regierungen ein-gewirkt werden, damit das Gesetz bei den veränderten In-dustrien, wie in Biegeleien, Steinbrüchen usw., in dem Sinne durchgeführt werde, daß eine Gesamtbeschäftigungszeit für das ganze Jahr festgesetzt wird.

Es wird gesagt, daß dieser Beschluß sich nicht gegen den Grundsatz des Achtstundentages selbst richtet, sondern lediglich dartin wolle, daß der Achtstundentag unter dem heutigen Wirtschaftsverhältnissen unangebracht und gefahrbringend sei. Es werden auch einige Beispiele angeführt, zum Beispiel Holland, wo schon 1920 rund 185 000 Häuser beziehungsweise Wohnungen fehlten, und diese Zahl habe seitdem mit dem Wachsen der Bevölkerung zugenommen. In England hätten trotz der großen Zahl der Arbeitslosen die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber sich darüber verständigt, daß eine Begrenzung der Arbeitszeit im Baugewerbe angesichts des großen Wohnungsmangels nicht gelten solle. Auch wird vorgeschlagen, den jetzigen Tages-verdienst beizubehalten, so daß bei einer Vermehrung der Arbeitsstunden der Einzelstundenslohn eine Herabsetzung erfahren würde. Dies sei nötig, da dem Kapital zurzeit nur ein minimaler Gewinn wirts. Einen gangbaren Weg sehen die Bauunternehmer in den französischen Bestimmungen, die 2500 Arbeitsstunden im Jahre zulassen.

Der Antrag des Internationalen Bundes der Bauunternehmer liegt zurzeit dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes vor. Wir wollen hoffen, daß es dort die Behandlung erfährt, die er verdient. Das Unter-nehmertum sollte endlich mit diesen Genleureten auf-hören, zumal es sehr gut weiß, daß die Ursachen der un-genügenden Bautätigkeit trotz des starken Wohnungs-mangels auf ganz andern Gebieten zu suchen sind, als es der Öffentlichkeit gern glauben machen möchte.

IGB. Stinnes, Ludendorff und Carl Legien. Die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueber-seehandel hat ihrem letzten Dampfer den Namen Carl Legien gegeben. Bei der Feier des Stapellaufs in Wilhelmshafen hat außer einem geschäftsführenden Vorstandsmitglied des

Reichsverbandes der deutschen Industrie und außer Hugo Stinnes auch der Reichspräsident Ebert eine Rede gehalten.

Diese Charakteristik erweckt den falschen Schein, als sei Regien ein einseitiger Anwalt des Wirtschaftsfriedens gewesen und nicht mehr.

Die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes hat zwei Dampfern, die sie in den letzten Jahren baute, die Namen „Gindenburg“ und „Ludendorff“ gegeben.

Der Vorsitzende des ersten Internationalen Gewerkschaftsbundes stand im Kampf für die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Arbeiterklasse.

Der Mitgliederbestand der Zentralverbände am Schlusse des 1. Quartals 1922.

Table with 4 columns: Beruf, Männlich, Weiblich, Zusammen. Lists various professions like Spalteure, Bäcker, Bauarbeiter, etc.

Summary table with 4 columns: Quart, Sa., 1921, 1922, 1923. Shows membership trends over time.

* Die Quartalszahlen sind als vorläufige anzusehen. * Zahlen vom 1. Quartal 1921. * Zahlen vom 2. Quartal 1921.

Der Verbandstag des deutschen Bauarbeiterverbandes. Am 7. Mai wurde im Volkshaus zu Leipzig der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes eröffnet.

Am Mittwoch stand die Bildung des Baugewerksbundes auf der Tagesordnung. Raeplov als Referent gab zunächst eine Uebersicht über seine Bemühungen.

Donnerstag, 11. Mai, tagte der Verbandstag in Altenburg. Der ganze Tag war dem Abschluß des Reichstarifvertrages gewidmet.

Freitag, 12. Mai, tagte der Verbandstag wieder in Leipzig. Es war ganz erklärlich, daß die Vorgänge am Mittwoch eine Auseinandersetzung bringen mußten.

Am letzten Sitzungstage mußte sich der Verbandstag nochmals mit der Demonstration beschäftigen, weil ein Antrag auf Ausschluß der Verbandstagsdelegierten, die sich daran beteiligt hatten, vorlag.

k. Aununter Verbandstag der Steinarbeiter. Der Verbandstag erledigte seine Arbeiten in der Woche vom 22. bis 27. Mai im Leipziger Gewerkschaftshaus.

Bei den Begrüßungsreden gedachte der Verbandsvorsitzende Windler mit ehrenden Worten des im vorigen Jahre verstorbenen Verbandsvorsitzenden Staudinger.

Den Kassenbericht erstattete Geiff. Obgleich die Beiträge seit dem 1. Januar erhöht sind, ist das Gleichgewicht gegenüber den erhöhten Ausgaben noch nicht wiederhergestellt.

Der Tarifdezernent Wunderlich vom Zentralvorstand ging in langen sachlichen Ausführungen auf die einzelnen Tarifbewegungen, auf den Charakter des Tarifstrebens und mit ihm in Zusammenhang stehenden Punkten ein.

Neben der Opposition traten aber auch Redner auf, die abgesehen von auch von ihnen vorgebrachten Einzelwünschen und Ausstellungen, betonten, daß der Verbandsvorstand, soweit es in seinen Kräften stand, das Günstigste für die Kollegen herausgeholt habe.

Dem Gesamtvorstand wurde gegen 2 Stimmen Entlastung erteilt. Ein Antrag, bei der Zusammenstellung des Vorstandes die politische Gesinnung zu berücksichtigen, wurde einstimmig abgelehnt.

Zum Tarifwesen wurde eine Resolution sowie eine Reihe von Anträgen angenommen beziehungsweise zur Berücksichtigung überwiesen, die die Vorschläge zur Verbesserung der Tarifpolitik und der Schlichtungsordnung enthielten.

Zur Redaktionsfrage wurde beschlossen, daß das Fachblatt sich mit politischen „Stänkerien“ nicht befassen solle; 2 Anträge, den Druck des „Steinarbeiters“ aus der „Leipziger freien Presse“ herauszunehmen und der „Leipziger Volkszeitung“ zuzuführen, wurden in namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 81 Stimmen abgelehnt.

Dann ging der Verbandstag an die Entscheidung der Frage des Anschlusses an den Baugewerksbund heran. Der Vorstand empfahl einmütig, von einer Verschmelzung Abstand zu nehmen.

In einem anderthalbstündigen Referat behandelte Redakteur Siebold „Die Lage der Steinindustrie“ und „Die Berufsgesfahren der Steinarbeiter“.

Als letzte Arbeiten wurden Beratung des Statuts, Wahlen usw. erledigt. Gewählt wurde fast mit Einstimmigkeit der alte Vorstand einschließlich des Redakteurs.

Seidel, Dresden, der Sprecher der Statutenberatungskommission empfahl in ihrem Namen die Anträge des Vorstandes mit einigen Änderungen zur Annahme, und der Verbandstag beschloß demgemäß. Die Beitragsklassen werden dadurch um 3 vermehrt, so daß auch der Lohn getroffen wird, der über den jetzt festgelegten Stundenlohn hinausgeht.

Die Arbeitslosigkeit im Ausland. Das Frühjahr hat eine geringe Besserung des Arbeitsmarktes in der ganzen Welt mit sich gebracht. Der Beschäftigungsgrad ist teils infolge der Belebung der Produktion, die durch eine Hungertur auf Kosten der Arbeiterschaft endlich erfolgen mußte, teils durch Notarbeiten und staatliche Bestellungen ziemlich wesentlich gewachsen.

Der französische Berichterstatter des „Economist“ schätzt die Verwittungen durch die Arbeitslosigkeit mit folgenden Ziffern ein: „Gegenwärtig gibt es in der Welt 10 Millionen Arbeitslose, davon 4 Millionen in Europa. Mittelbar durch Kurzarbeit und andere Unregelmäßigkeiten leiden noch 12 Millionen Arbeiter in Europa und 30 Millionen in der ganzen Welt. Die ausbezahlten Arbeitslosenunterstützungen im Jahre 1921 werden für die ganze Welt auf 12 Milliarden Goldfranc geschätzt.

In der Reihe der Siegerstaaten und Neutralen hat Frankreich, was die Arbeitslosigkeit betrifft, besonders gut abgeschnitten. In der ersten Hälfte 1921 betrug zwar die Zahl der Arbeitslosen noch monatlich 80 bis 90 000, eine im Verhältnis zur Arbeitslosigkeit in andern Staaten geringe Zahl. Seit Oktober 1921 jedoch besteht kaum mehr eine namhafte Arbeitslosigkeit in diesem Lande; im April 1922 waren es nur 6354 unterstützte Arbeitslose.

Auf Grund ihrer Forderung nach einem „Recht auf Arbeit“ hat die „Labour Party“ (Arbeiterpartei) dem englischen Unterhaus einen Gesetzentwurf unterbreitet, der jedoch mit 172 gegen 82 Stimmen abgelehnt wurde. Der Vorschlag hat sich zum Ziel gesetzt, die Gesamtnachfrage nach Arbeit zu regeln und auf einem mehr oder minder gleichen Stand zu halten. Die Regierung soll zu Zeiten der Arbeitslosigkeit entsprechend größere Bestellungen machen, die zu Zeiten der abnehmenden Arbeitslosigkeit eingeschränkt werden.

Zu Gegenstand dieser verfehlten englischen Politik sehen wir das kleine Oesterreich, wo der Arbeiterkampf in der Ausgestaltung der Wirtschaft- und Sozialpolitik eine entscheidende Rolle zufällt, eine kluge Vorsicht für die zu gewärtigende Arbeitslosigkeit entfallen. Für öffentliche Arbeiten sind 35 Milliarden Kronen bewilligt worden, außerdem ist ein vernünftiger Plan zur Durchführung der Notarbeiten im vordringlichen festgesetzt.

In Schweden, wo die Zahl der Arbeitslosen immer noch 150 000 beträgt, verschlechterte sich deren Lage sowohl bezüglich der Arbeitslosenunterstützung als auch der Notarbeiten. Die Löhne bei den Notarbeiten sind mit der Begründung, daß die bei Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter unbedingt schlechter bezahlt werden müssen als in der Privatindustrie, um 15 bis 20 % herabgesetzt worden. Auf der andern Seite wird die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen durch drastische Maßnahmen vermindert; Frauen, selbst wenn sie eine Familie zu versorgen haben, männlichen Arbeitern, wenn sie allein stehen, wird die Unterstützung entzogen, damit im Rahmen der vom Parlament bewilligten Kredite wenigstens die übrigen Arbeitslosen unterstützt werden können.

Ein Engländer über die Einkommensverteilung in Deutschland. In der Londoner „Nation“ teilt ein Engländer, der die Verhältnisse in Deutschland längere Zeit an Ort und Stelle eingehend studiert hat, folgende zutreffende Beobachtungen über die Einkommensverteilung in Deutschland nach dem Kriege mit: Die arbeitende Klasse arbeitet in den Städten hart und unausgesetzt (bei nur geringer Arbeitslosigkeit) mit einem ungefähr um 20 % niedrigeren Reallohn als vor dem Kriege. Den Geschäftsinhabern geht es sehr gut. Die in freien Berufen Stehenden, besonders Journalisten, Schauspieler, sind sehr übel daran, ebenso die öffentlichen Beamten und die Kleinrentner.

Bekanntmachungen

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erf.- und Zuschußkasse in Hamburg.) Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. St. Postfachkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. bis 31. Mai 1922 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Amuhle 130 M., Berlin I 5000, Berlin III 2000, Berlin V 2000, Berlin VI 3000, Berlin VII 5000, Berlin VIII 7000, Charlottenburg 1500, Cöpenick 2000, Dresden II 1000, Duisburg 1200, Düsseldorf 1000, Elstra 87, Flensburg 1000, Franenthal 1000, Friedrichshagen 2000, Fürstenwalde 1000, Gera 500, Groß-Zimmern 500, Gudensberg 600, Hamburg II 1000, Hamburg IV 800, Hannover-Linden 300, Helmstedt 300, Kellinghusen 500, Königsmusterhausen 300, Leipzig 3000, Lübeck 700, Maßlisdorf 500, Memel 1000, Mitz 300, Münster i. W. 710,60, Neudöhlen 8000, Oldenburg 57, Oranienburg 3000, Osch 70,50, Pforzheim 1500, Pötha 483,40, Sachsig 700, Seeligenstadt 500, Steglitz 1000, Steinbeck 900, Waienscheid 1000, Wernigerode 1000, Wiesbaden 1000, Wildbad 750, Wittenburg 1800. Summa 66 638,50 M.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 19. Juni: Potsdam: Abends 7 1/2 Uhr in Nowawes bei Siemke, Wallstraße. Dienstag, den 20. Juni: Elmshorn: Abends 8 Uhr. — Langensalza: Nachm. 5 Uhr im „Unteren Felsenkeller“. Mittwoch, den 21. Juni: Naugard: Abends 8 Uhr bei Bädermeister Gabrecht, Greifendorfer Straße. — Oschersleben: Abends 7 1/2 Uhr bei Montag, Sackstr. 1. Freitag, den 23. Juni: Bochum: Abends 6 1/2 Uhr bei Gust. Janzen, Marienstraße. Sonnabend, den 24. Juni: Aken: Abends 8 Uhr im Lokale „Stadt Hamburg“. — Bergen b. Celle: Abends 8 Uhr im „Stadt Hannover“. — Duisburg, Bez. Wesel: Abends 8 Uhr im „Stadttheater“. — Friedland i. W.: Abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus“ bei Wienholz. — Hagenow: Eine halbe Stunde nach Feierabend. — Hattungen a. d. R.: Abends 7 Uhr bei Doh, Johannesstraße. — Herloskn. Bez. Altena: Abends 6 Uhr bei G. Busch, Freiheitstraße. — Lübz i. M.: — Rauen: Bei W. Anton, Mittelstr. 5. — Stepenitz: Abends 8 Uhr bei Walter Fröhlich, Strandstraße. — Witten: Abends 6 Uhr bei Heinrich Röhmeier, Ardenstr. 104. — Wolfenbüttel: Abends 7 Uhr im Gasthof „Zur Lanne“.

Freitag, den 23. Juni: Arnschwabe: Nachm. 8 Uhr im „Goldenen Löwen“, Mittelstr. 5. — Beckum: Vorm. 9 Uhr im Lokal von Kramp. — Bergen a. W.: Nachm. 8 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“. — Bitterfeld: Nachm. 3 Uhr in Reichs im Gasthof „Zur Glode“. — Duisburg, Bezirk Steertrabe: Vorm. 10 Uhr im „Rheinischen Hof“. — Erkner: Nachm. 4 Uhr bei Grund, Königstr. 52. — Offen: Vorm. 10 Uhr in „Stadt Ebersfeld“, Steeler Straße, Alte Postallee. — Gelsenkirchen, Bezirk Wuer: Vorm. 10 Uhr bei Mahlow, Hagenstraße. — Hagen i. W.: Vorm. 10 Uhr bei Arnold, Gier Oberfelder- und Bergstraße. — Stadthagen: Nachm. 8 Uhr im „Schaumburger Hof“. — Treptow a. d. Toll.: Nachm. 4 Uhr bei Pohl, Brandenburger Straße 7.

Nachruf. Am 29. Mai starb nach eintägiger Krankheit unser werter Kamerad Georg Bräutigam im Alter von 87 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Bayreuth.

Nachruf. Am 30. Mai starb nach kurzer Krankheit unser Kamerad Friedrich Sander im Alter von 82 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Elmshorn.

Nachruf. Am 28. Mai starb an Magenleiden unser Kamerad Josef Jakwert im Alter von 50 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Reiche i. Schl.

Nachruf. Am 2. Juni starb an der Proletarierkrankheit unser Kamerad Robert Pawa (Bezirk Wilhelm) im Alter von 47 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Duisburg und Umg.

Nachruf. Am 4. Juni starb nach langer schwerer Krankheit unser Kamerad und Mitbegründer der Zahlstelle Kalkenkirchen Peter Behrmann im Alter von 68 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlst. Kalkenkirchen (Holstein).

Nachruf. Am 31. Mai starb plötzlich unser lieber Kamerad Gustav Kesterke im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Regenwalde.

Mehrere Zimmerleute für dauernde Arbeit stellen ein Gebr. Kiefer, Duisburg.

6 bis 8 tüchtige Zimmergesellen sucht H. Soschinski, Zimmermst., Neizen i. Hann.

10 Zimmergesellen für dauernde Beschäftigung stellt sofort ein P. H. Jacobs, Baugeschäft u. Dampfsgewer, Lübz i. W.

Zimmerleute stellt ein Held & Francke, A.-G., Erweiterungsbau: Gemeinschaftswerk Dattingen in Dattingen a. d. Ruhr.

Tüchtige Zimmerleute stellt sofort ein Otto Krasse, Zimmermeister, Welken i. d. Mark. — Vorort von Berlin.

10 Zimmerleute zu sof. gesucht Fr. Kahlmann, Zimmermeister, Lübz i. Mecklenburg.

Etliche Zimmerer sucht B. Hofmann, Zimmerer, Oberbobritzsch i. Sachf.

5 bis 6 Zimmerleute für dauernde Arbeit sofort gesucht. F. Politz, Zimmerm., Gelse b. Marne i. S.

6 Zimmergesellen für sofort gesucht. Unterlunft vorhanden. Heinr. Bügelsack, Zimmerm., Schlanstedt (Bez. Magd.)

4 tüchtige Zimmerleute stellen ein für längere Arbeit. Berliner Lohngelieb. Messer, Rhinow & Co., Dampfsgewer, Welken i. d. M.

Zahlstelle Bitterfeld. Alle Kameraden, reisende wie hiesige, haben sich, bevor sie nach Arbeit umschauen, beim Kassierer Franz Moring, Nordstr. 15, zu melden. Der Vorstand.

Zahlstelle Freiburg i. Schlesien. Reisende Zimmerer haben sich, bevor sie umschauen, beim Vorsitzenden Rich. Hanke, Sandstr. 5, oder beim Schriftführer Gerh. Scholz, Sandstr. 1, in der Zeit von 12 bis 1 Uhr mittags und von 5 bis 7 Uhr abends zu melden. Der Vorstand.

Zahlstelle Rathenow. Alle Kameraden, hiesige wie reisende, haben sich, bevor sie nach Arbeit umschauen, beim Vorsitzenden Paul Lange, Bahnhofstr. 24, zu melden. Der Vorstand.